

## „Führen, nicht auftrumpfen“

Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, 68, über die schwierige Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, den historischen Lernprozess der Deutschen und den Unterschied zwischen gerechtfertigten und richtigen Kriegen

SPIEGEL: Herr Schröder, deutsche Soldaten haben in den vergangenen 20 Jahren an mehr als 20 Auslandseinsätzen teilgenommen. Sind wir eine normale Nation geworden?

Schröder: So kann man es sehen, obwohl ich den Begriff Normalität in diesem Zusammenhang nicht benutzen würde. Wir sind seit der Wiedervereinigung ein souveräner Staat, und nach einem schwierigen Lernprozess handeln wir mittlerweile auch so.

SPIEGEL: Wie ist Ihr persönlicher Lernprozess verlaufen?

Schröder: Als die Amerikaner im Jahr 1991 nach dem Überfall Saddam Husseins auf Kuwait den Irak angriffen, da war ich strikt gegen eine deutsche Beteiligung. Ich war wie die große Mehrheit der Bürger davon überzeugt, dass sich Deutschland angesichts seiner Geschichte im letzten blutigen Jahrhundert an Militäreinsätzen nicht beteiligen sollte. (...)

SPIEGEL: Was hat bei Ihnen zum Umdenken geführt?

Schröder: Das war die Einsicht, dass ein souveräner Staat sich nicht auf Dauer hinter seiner Vergangenheit verstecken kann. Wir waren nicht mehr geteilt, wir hatten keinen Sonderstatus mehr. Die internationale Staatengemeinschaft hat von uns erwartet, dass wir nicht nur mit Geld helfen, wie wir das ja lange gemacht hatten. (...)

SPIEGEL: Eine Ihrer ersten außenpolitischen Entscheidungen als Bundeskanzler war die Teilnahme am Kosovo-Krieg.

Schröder: Zu der Zeit unterschied die SPD noch zwischen friedenserhaltenden Maßnahmen, die als gut galten, und friedensschaffenden Maßnahmen, die viele ablehnten. Es lag auf der Hand, dass wir mit dieser Unterscheidung als Regierungspartei nicht weiterkommen würden. Was sich vor unseren Augen auf dem Balkan abspielte, war ein drohender Völkermord. Meine Partei musste die Realität anerkennen und entsprechend handeln.

SPIEGEL: Der Kosovo-Einsatz wurde von einer rot-grünen Regierung beschlossen. War das notwendig, um einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen?

Schröder: Es war zumindest hilfreich. Das war auch ein Verdienst von Joschka Fischer. Mit dem Ja von SPD und Grünen haben wir uns der Wirklichkeit gestellt. Es war tatsächlich ein gesellschaftlicher Durchbruch.

SPIEGEL: Das sah einige Jahre später anders aus. Sie haben die Zustimmung Ihrer Koalition zum Afghanistan-Einsatz erzwungen, in dem Sie die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verknüpfen.

Schröder: Die USA waren am 11. September 2001 auf eigenem Territorium angegriffen worden, damit galt der Artikel 5 des Nato-Vertrags. Es gab zudem einen einstimmigen Beschluss des Uno-Sicherheitsrats. Da nein zu sagen hätte uns völlig isoliert. Das hätte das Gegenteil von Normalität bedeutet. Und ich wollte zeigen, dass meine Regierungskoalition dafür eine eigene Mehrheit hat. (...)

SPIEGEL: Das hat Sie nicht von Ihrem Nein zum Irak-Krieg abgehalten.

Schröder: Das war eine andere Situation. Wir waren vom Sinn dieses Krieges nicht überzeugt. Wir waren sicher, dass es keine Massenvernichtungswaffen gibt, und wir hatten die Befürchtung, dass die ganze Region langfristig destabilisiert wird. Zudem war es kein Nato-Einsatz, und es gab keine Legitimation durch den Uno-Sicherheitsrat.

SPIEGEL: Die gab es im Kosovo auch nicht.

Schröder: Richtig, das hatten die Russen aus historisch nachvollziehbaren Gründen verhindert. Deshalb war der Einsatz juristisch nicht unproblematisch. Aber wir haben ihn für notwendig gehalten.

SPIEGEL: Ihre Argumentation ist sehr nüchtern. Sie argumentieren mit Bündnisverpflichtungen und Paragrafen. Andere haben ihre Haltung damals moralisch begründet. Joschka Fischer hat in der Kosovo-Debatte sogar Auschwitz bemüht.

Schröder: Ich verstehe, warum er so argumentiert hat, denn er hatte ja große Schwierigkeiten, die Beteiligung an der Intervention in seiner Partei durchzusetzen. Trotzdem teile ich diese Argumentation nicht, denn sie stellt die Singularität des Holocaust in Frage. Aber richtig ist, dass es eine moralische Begründung gab. Mitten in Europa gab es Vertreibungen und drohte ein Völkermord. (...)

SPIEGEL: Sie haben den Afghanistan-Krieg aus Bündnistreue mitgetragen. Zum Feldzug George W. Bushs gegen den Irak haben Sie nein gesagt. War das der Zeitpunkt, an dem die deutsche Außenpolitik erwachsen geworden ist?

Schröder: In gewissem Sinne schon. Das Ja zu Kosovo und Afghanistan hat uns Deutsche zu einem gleichberechtigten Partner in der internationalen Staatengemeinschaft gemacht. Ein Partner, der Pflichten zu erfüllen hat, aber der ebenso auch Rechte erworben hat. Dazu gehört auch das Recht, nein zu sagen, wenn wir von dem Sinn einer militärischen Intervention nicht überzeugt sind. Aber so ganz ohne historische Vorläufer ist meine Politik ja nicht gewesen. Als Willy Brandt die Ostpolitik konzipierte, gab es sehr intensive Diskussionen mit den USA, die nicht von diesem Weg überzeugt waren. Er hat sich trotzdem nicht davon abbringen lassen. In den ganz fundamentalen Fragen wurde die deutsche Außenpolitik damals in Bonn gemacht, das war unter Schmidt und Kohl auch so, und dann eben in Berlin und nicht in Washington. So habe ich das später formuliert.

SPIEGEL: Diesen Satz könnte man auch auf die Libyen-Entscheidung der jetzigen Bundesregierung anwenden. Anders als alle westlichen Verbündeten hat Deutschland sich vor zwei Jahren im Uno-Sicherheitsrat enthalten.

Schröder: Ich finde, das ist die souveräne Entscheidung einer deutschen Regierung gewesen. Ich habe mich nicht geäußert, weil ich nicht wusste, wie ich entschieden hätte.

SPIEGEL: Sie finden die Enthaltung in Ordnung?

Schröder: Ich kann nachvollziehen, wie schwer es ist, eine Entscheidung für ein militärisches Eingreifen zu treffen. Der Beschluss des Uno-Sicherheitsrates ist ja dann, ich sag es diplomatisch, sehr offensiv interpretiert worden. (...)

Quelle: DER SPIEGEL /14 / 30. 03. 2013 / S.28-30

## Die Geldverschwendung in der Familienpolitik

*Deutschland gibt etwa 200 Milliarden Euro für Familienpolitik aus. Das Geld versickert in einem Dickicht von Leistungen, über deren Sinn und Unsinn sich streiten lässt.*

Mehr als 160 verschiedene Maßnahmen werden für Familien bezahlt. Dazu gehören nicht nur Krippenplätze und Elterngeld, sondern auch Leistungen wie das Waisengeld und Erziehungshilfen. Darüber hinaus gibt es diverse Zuschläge, die kaum jemand kennt und versteht. Vor fünf Jahren gab Ursula von der Leyen, damals noch Familienministerin, eine Langzeitstudie in Auftrag. Sie sollte untersuchen, was von diesen Maßnahmen wirkt und was nicht – ein ehrgeiziges, viel gelobtes Projekt.

*Der Spiegel* hat veröffentlicht, was die beauftragten Soziologen darin bemängeln. Sie halten einen Großteil der 200 Milliarden Euro, die in Familien investiert werden, für vergeudet. 85 Prozent der Summe fließe direkt an die Familien, in Form von Geld oder Steuererleichterungen, nur 15 Prozent seien sogenannte Realtransfers, also etwa Geld für Bildung und Kitaplätze, die in den Augen der Wissenschaftler mehr Wirkung zeigen würden.

Aber welche Ziele hat Familienpolitik eigentlich? Wie misst man, was vergeudet ist und was nicht? Viele sich teilweise widersprechende Anliegen stehen sich gegenüber: Der Politik machen die Demografie und fehlende Steuereinnahmen Sorgen, aber auch ungerechte Bildungschancen und die Armut von vielen Alleinerziehenden. (...) Mehr Geburten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Kernziele des Staates, um Steuern und Sozialabgaben einzunehmen. Dasselbe Ziel hat die Wirtschaft, weil ihr die Fachkräfte fehlen, wenn gut ausgebildete Frauen zu Hause bleiben.

Teilweise entspricht diese Kosten-Nutzen-Rechnung den Bedürfnissen der Familien. Kitaplätze und Ganztagschulen erleichtern ihnen das Leben. Aber nicht immer decken sich die Wünsche. (...)

Die Wissenschaftler bestätigen Leistungen wie dem Kindergeld nur einen positiven Effekt auf die Geburtenrate. Von einer "leicht gestiegenen Wahrscheinlichkeit einer Geburt" sei die Rede – bei Frauen mit geringer Bildung und Berufsqualifikation.

(...) Etwa 16 Milliarden Euro gibt Deutschland für die Betreuung von Kindern aus. Auf den ersten Blick viel Geld, aber weniger als das Ehegattensplitting den Staat kostet. Kitaplätze sind in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt. Inzwischen besuchen zwar die meisten Vorschulkinder einen Kindergarten. Aber während es in der DDR normal war, Kinder früh in die Krippe zu schicken, dachten viele westdeutschen Familien noch lange, dass kleine Kinder zu Hause bleiben sollten. Obwohl sich der Bedarf rasant ändert, finden viele Eltern, vor allem in Westdeutschland, noch keinen Krippenplatz. 2010 wurden knapp 28 Prozent der unter Dreijährigen betreut, 2006 waren es noch weniger als 14 Prozent. Ab August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch darauf. Aber etwa 200.000 Plätze und bis zu 20.000 Erzieher fehlen noch, um dem gerecht zu werden.

Kinderbetreuung hat viele Ziele. Sie soll vor allem den Eltern ermöglichen, arbeiten zu gehen. Familienpolitiker hoffen auch, dass Paare sich eher für Kinder entscheiden, wenn sie wissen, dass es eine gute Betreuung in ihrer Nähe gibt. Und schließlich ist Kinderbetreuung auch ein Argument der Bildungsexperten. Gerade Kinder, deren Eltern selbst ungebildet oder überfordert sind, oder die kein Deutsch sprechen, können vor Schulbeginn extrem davon profitieren, wenn sie einen Kindergarten besuchen. (...)

Das Elterngeld gibt es seit 2007. (...) Befürworter sehen in dieser neuen Leistung eine Anerkennung der Erziehungsleistung nicht berufstätiger Mütter. Kritiker bezeichnen das Betreuungsgeld als gesellschaftlich rückwärtsgewandt. "Herdprämie" und "Erziehungsgehalt" wurde es genannt. Das Betreuungsgeld fördere die finanzielle Abhängigkeit von Frauen, die durch diese Leistung noch länger aus Beruf oder Studium aussteigen würden.

Gerade für Frauen mit einem geringen Gehalt sei es reizvoll, ihre Arbeit aufzugeben, lautet die Kritik. Kinder, die frühkindliche Bildung bräuchten, würden von einem Kita-Besuch abgehalten.

Hartz-IV-Empfänger können das Betreuungsgeld ebenfalls beantragen. Für sie hat die Variante der Barauszahlung keinen finanziellen Mehrwert, da das Geld dabei auf den Hartz-IV-Satz angerechnet wird.

*Quelle : Die Zeit, 04.02.2013*

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Rede des Bundespräsidenten : Gauck wünscht sich europäischen Patriotismus

*Bundespräsident Gauck beschwört in einer mit Spannung erwarteten Rede die "gemeinsame Identität" Europas. Im Schloss Bellevue spricht er aber auch von Fehlern bei der Erweiterung der EU und der Einführung des Euro.*

Gauck räumte zu Beginn seiner Rede ein, dass viele Bürger heute mit Europa vor allem die Euro-Krise und Bürokratie verbinden, viele fühlten sich macht- und einflusslos. Es seien auch Fehler gemacht worden in der Vergangenheit. Bei der Vergrößerung der Europäischen Union etwa nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Lagers. Auch bei der Einführung des Euro. Doch das Gesamtprojekt Europa stehe für ihn nicht in Frage. "Wir reisen von der Memel bis zum Atlantik und von Finnland bis nach Sizilien, ohne an irgendeiner Grenze den Reisepass zu zücken. Wir zahlen in großen Teilen Europas mit einer gemeinsamen Währung und kaufen Schuhe aus Spanien und Autos aus Tschechien ohne Zollaufschläge." Mehr Europa sei auf erfreuliche Weise Alltag geworden. Es fehle allerdings nach wie vor eine gemeinsame europäische Identität. "Was uns als Europäer allerdings auszeichnet, was europäische Identität bedeutet, bleibt schwer zu umreißen", so Gauck.

Er erinnerte daran, dass der Ursprung Europas auf dem Wunsch basierte, dass es nie wieder Krieg geben möge. Später, beim Zusammenbruch des Ostblocks, ging es um Freiheit. Die heutige Jugend lebe Europa ganz anders. "Ihr habt euer erstes Taschengeld in Euro erhalten, ihr lernt mindestens zwei Fremdsprachen, ihr fahrt zur Klassenreise nach Paris, London, Madrid, vielleicht auch nach Warschau, Prag oder Budapest." Die Jungen lernen miteinander in Europa, statt nur übereinander. "Ihr erlebt tatsächlich mehr Europa als alle Generationen vor euch!"

Den 500 Millionen EU-Bürgern fehle eine gemeinsame Erzählung für ihre europäische Identität, räumte der Bundespräsident ein. "Wir Europäer haben bis heute keinen Gründungsmythos nach Art einer Entscheidungsschlacht, in der Europa einem Feind gegenüberstehen, siegen oder verlieren, aber jedenfalls seine Identität bewahren konnte." Europa bilde sich auf einen Wertekanon: Frieden und Freiheit. Andere Kontinente wüssten das Kostbare daran besonders zu schätzen.

(...) Europa sei politisch und wirtschaftlich zu wenig auf seine Rolle als Global Player vorbereitet. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, seien noch substantielle Veränderungen nötig.

Gauck wies Ängste der EU-Partner vor einer Vormachtstellung Deutschlands in Europa zurück. "Ich versichere allen Bürgerinnen und Bürgern in Europa: Ich sehe unter den politischen Gestaltern in Deutschland niemanden, der ein deutsches Diktat anstreben würde." Aus tiefer innerer Überzeugung könne er sagen: "Mehr Europa heißt in Deutschland nicht: deutsches Europa." Er verlangte mehr Engagement für Europa. "Mehr Europa fordert: mehr Mut bei allen! Europa braucht jetzt nicht Bedenkenträger, sondern Bannerträger, nicht Zauderer, sondern Zupacker, nicht Getriebene, sondern Gestalter."

Für mehr Gemeinsamkeit brauche Europa eine gemeinsame Sprache. "Ich bin überzeugt, dass in Europa beides nebeneinander leben kann: Beheimatung in der Muttersprache und ihrer Poesie und ein praktikables Englisch für alle Lebenslagen und Lebensalter."

Jeder Einzelne habe in Europa die Möglichkeit, etwas zu gestalten. "Wer etwas anstoßen oder verhindern will, der nutzt die Europäische Bürgerinitiative. Wer etwas gründen oder bauen will, der kann einen Förderantrag stellen. Und wer Gutes tun und seine Nachbarn kennenlernen will, der bewirbt sich beim Europäischen Freiwilligendienst. Jede und jeder kann einen Grund finden für den Satz: Ja, ich will Europa!" (...) Die Rede in Schloss Bellevue bildet den Auftakt für eine Serie von Diskussionsforen, Symposien und Redeauftritten, die künftig unter dem Titel "Bellevue Forum" stattfinden sollen. Sie lösen die Tradition der "Berliner Rede" ab, die 1997 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog begründet worden war.

*Der Spiegel, 22. 02. 2013*

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Rechter Terror

### Vorgeschützte Inkompetenz ist die Staatskrise

### Ord nende und schützende Hände seitens Beamter ist die noch größere Staatskrise

Bedauerlicherweise erst seitdem der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) - auch als Zwickauer Terrorzelle bekannt - sich im November 2011 selbst auflöste, tun sich der Öffentlichkeit ein weit über ein Jahrzehnt betriebenes Ermittlungsversagen und Vertuschen gegenüber rechtsextremistischen Straftätern und Polizistenmördern auf, deren Arbeitszusammenhänge weit über die Bundesrepublik Deutschland ins Ausland hinein bestanden und bestehen.

Lediglich eine kleine Anzahl belächelter bzw. nicht ernst genommener oder als überengagiert abgetaner JournalistInnen, warnten vor der Militarisierung, den Trainings und einer überhaupt aggressiv militant sich steigernden rechtsextremen Szene. Der Großteil des Establishments verniedlichte und bagatellierte die seit der Wiedervereinigung 1990 stattfindenden Pogrome (Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Lübeck ...). (...)

Dies erfolgte im Gleichschritt mit PolizeibeamtInnen in den sogenannten Verfassungsschutzämtern, den sogenannten Staatsschutzgliederungen der Landes- und Bundespolizeien, aber auch in den Mordkommissionen und den zahlreichen Sonderkommissionen, die sich an der Aufklärung (?) der 10 Toten und diversen anderen Kapitaldelikten des NSU versuchten und bemühten. So weit so schlecht. Die Parallelen zur Weimarer Republik oder gar zur Kaiserzeit sind glücklicherweise noch nicht weiter zu komplettieren.

Dabei kann niemand diese hohe Zahl an Toten – ungezählt bleiben die an ihrer Gesundheit geschädigten Opfer - durch rechtsextremistischen Terror alleine auf die Zeit nach der Wiedervereinigung, also seit 1990, verengen. Auch zuvor gab es eine relevante Zahl von Todesopfern, ohne dass die staatlichen Instanzen angemessen arbeiteten. (...)

Die „Spielarten“ um die TäterInnen zu schützen, waren mannigfaltig: Mal waren es "Jugendstunden", ein anderes Mal wurde behauptet, die Ermittlungen im Griff zu haben, das nächste Mal wurde behauptet, es gäbe keine rechtsextremistischen Anhaltspunkte oder einen solchen Hintergrund (wie auch bei den 10 NSU-Morden) und immer wieder gab es auffälligste und krasse Ermittlungsspannen, bei denen in der Regel die TäterInnen unbekannt blieben oder aufgrund zum Teil belegten bewusst schlechten Ermittlungen unbestraft blieben bzw. mit nachgerade lachhaft anmutenden Sanktionen die Gerichtssäle verließen; wenn es überhaupt zu Hauptverhandlungen kam. Selbst bei Brandstiftungen mit mehreren Toten!

In dieses Muster (Fremdenfeindlichkeit, aggressive Militanz, Ermittlungs"pannen") lassen sich auch bestimmte Gewalttaten durch PolizeibeamtInnen einordnen. (...) Diese PolizeibeamtInnen bleiben allesamt ungeschoren und ohne Sanktionen. Durch ihr „beherztes“ Beispiel entwickeln solche BeamtInnen weitere Motivationsschübe für menschenfeindliche dienstliche Aktionen. Solche Fälle werden immer wieder von einer rechten Justiz (Staatsanwaltschaft wie von RichterInnen, die allerbestens "empört" waren wie im Gerichtsverfahren zu Oury Jalloh\*, aber dann in der Urteilsbegründung neuerlich schonende Formulierungen für die angeklagten PolizeibeamtInnen formulierten) einseitig bearbeitet. Auch das ist Alltagshandeln einer politischen Justiz, ohne dass ein Staatsschutzparagraf überhaupt in Anwendung gelangte.

Zivilgesellschaftlich wie wir Kritischen PolizistInnen waren gegen solche antidemokratischen Erscheinungsformen andere Organisationen noch weit aktiver: so zum Beispiel Pro Asyl, die Amadeu Antonio Stiftung\*\* und andere. Auch einzelne PolitikerInnen in wenigen Parteien. Wir Kritischen haben immer wieder vor diesen Entwicklungen in den Polizeien, aber auch Staatsanwaltschaften und Gerichten gewarnt. (...)

Die Bundesrepublik Deutschland war selbst in den rund vier Jahrzehnten als die DDR bestand immer Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches. Das hat ganz offensichtlich auch Auswirkungen in diesem beschämenden und menschenverachtenden Segment, dem Umgang mit ausländischen MitbürgerInnen („Fremden“) und beschwerdeschwachen Minderheiten (Obdachlosen etc.) durch den Mob, der sich bis hin zu pogromähnlichen Übergriffen austobte oder der wenig bis kaum durch staatliche Initiative bekannt gewordenen Killer-Serie der NSU an neun Mitbürgern mit migrantorischem Hintergrund sowie einer baden-württembergischen Polizistin und den Umgang der staatlichen Organen wie Polizeien, Staatsanwaltschaften und Gerichten mit diesen Phänomenen.

Genau so ist zum Beispiel auch die Vernichtung von Beweismitteln zu erklären. Eine angeblich unerklärbare Zusammenballung von Irrtümern, Inkompetenz, Koordinationsfehlern, schlechten Analysen, dem Wegschieben von offenkundigen Beweismitteln (Zeugenaussagen, Fotos, sogar Videos, weitere Tatsachen und Indizien). Also sowohl

Personal- wie auch Sachbeweisen bei der Bearbeitung der NSU-Taten. Deshalb ist es nachgerade lächerlich, wenn von „Pannen, Pleiten und Pech“ zu lesen ist oder gefaselt wird. Es ist strukturell bedingt, hat System und stellt vielfach - nicht immer (!) - bewusste Planung dar. Genau wie bei dem seit dem Auffliegen des NSU seriellen Vernichtens von weiteren vorhandenen Beweisen, weil diese eine Verstrickung von BeamtInnen belegen könnten, die eben „die“ große Staatskrise darstellt. (...)

Quelle : Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. / Website – 10/04/2013

*\*Oury Jalloh war ein in Deutschland lebender Sierra Leoneer, der 2005 durch einen Brand in einer Zelle des Polizeireviers Dessau in Sachsen-Anhalt ums Leben kam.*

*\*\*Pro Asyl ist eine in Deutschland tätige Menschenrechtsorganisation. Die Antonio Amadeu Stiftung ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts, die in Deutschland gegründet wurde.*

## Britisches Beispiel

Nach dem Schwenk der FDP streiten die Parteien um ein neues Mindestlohn-System. Ökonomen plädieren für eine flächendeckende Lösung und eine politikferne Expertenkommission

(...) Auf einer Präsidiumssitzung des CDU-Wirtschaftsrats forderte Merz seine konservativen Parteifreunde auf, endlich ihren Frieden mit einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn zu machen. Die Debatte sei für die Union nicht mehr zu gewinnen, die Gesellschaft längst weiter. „Wir müssen das Thema jetzt abräumen“, mahnte Merz. Die Aufforderung des früheren Abgeordneten trifft nicht nur die Stimmung in der CDU, in der Politiker wie der Sozialexperte Karl-Josef Laumann schon lange für Mindestlöhne trommeln (...). Sie hat inzwischen auch die widerstrebende FDP erfasst. Von Fraktionschef Rainer Brüderle bis hin zu Generalsekretär Patrick Döring - alle sind mehr oder weniger dafür. Selbst Außenminister Guido Westerwelle sagt, dass ein „Stundenlohn von drei Euro mit Leistungsgerechtigkeit nichts mehr zu tun hat“. Der Schwenk der Liberalen markiert das Ende einer langjährigen ideologischen Debatte - und den Beginn einer neuen. Nun steht die Frage auf der Tagesordnung, wie eine Regelung aussehen soll: Ist der Vorschlag der Union zu favorisieren, möglichst nach Regionen und Branchen differenzierte Untergrenzen einzuführen? Oder ist ein einheitlicher Mindestlohn für alle Arbeitnehmer besser, wie er SPD und Grünen vorschwebt? Es geht um soziale Balance und wirtschaftliche Vernunft und, nicht zuletzt, um die Meinungsführerschaft im anlaufenden Wahlkampf. (...)

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn holt die Bundesrepublik nach, was international längst Standard ist. In fast allen Industrienationen von Großbritannien bis Japan existieren flächendeckende Lohnuntergrenzen. Selbst in den USA, jeglicher sozialistischer Umtriebe unverdächtig, legt der Staat einen allgemein gültigen Mindestlohn für das ganze Land fest. Deutschland dagegen hat sich bislang damit begnügt, nur in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarkts Lohnuntergrenzen zu fixieren. In mittlerweile zwölf Branchen - vom Baugewerbe über die Abfallwirtschaft bis zur Zeitarbeit - gibt es von den Tarifpartnern ausgehandelte Mindestlöhne, die für allgemeinverbindlich erklärt wurden und damit für alle Firmen der Sparte gelten. Die Stundenlöhne schwanken zwischen 7 Euro im Wäschereigewerbe und mehr als 13 Euro im Bau. Doch die Branchen-Mindestlöhne gelten nur in jenen Wirtschaftszweigen, in denen es überhaupt Tarifverträge gibt. Schon jetzt sind im Osten nur noch 20 Prozent der Betriebe tarifgebunden, im Westen sind es 36 Prozent. Ausgerechnet in Branchen, in denen die Arbeitnehmer besonders schwach sind, stehen sie schutzlos da. Und selbst Tarifverträge halten nicht immer, was sie versprechen: Auch sie erlauben mitunter Tiefstlöhne.

Dass der Niedriglohnbereich boomt, hat viel mit den Hartz-Reformen der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder zu tun. Seither blüht der Jobmarkt, doch die geringe Arbeitslosigkeit hat ihren Preis: Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte im Westen verdient weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns. 1,4 Millionen Menschen bekommen weniger als fünf Euro in der Stunde. „Es war uns klar, dass die Menschen aus Angst vor Hartz IV auch schlechter bezahlte Jobs annehmen und wir damit den Niedriglohnbereich ausweiten würden“, sagt Jobst Fiedler, der 2002 als Partner von Roland Berger in der Hartz-Kommission saß. Es sei „ein Versäumnis“ gewesen, nicht gleichzeitig eine Lohngrenze nach unten zu setzen. Heute fordert Fiedler einen Mindestlohn — und zwar „allgemein und flächendeckend“. Das sieht Joachim Möller, Direktor im Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), genauso. Möller plädiert für eine einheitliche Marke, damit sie „ins nationale Bewusstsein dringt“. Nur dann würde nicht permanent dagegen verstoßen. „Außerdem führt ein Flickenteppich verschiedener Lohngrenzen zu Ausweichreaktionen“, warnt der Arbeitsmarktpolperte. „Die Versuchung ist dann für die Unternehmen groß, in Tarifverträge mit den jeweils niedrigsten Löhnen zu wechseln.“ Die Experten empfehlen eine neue Arbeitsteilung. Die Verdienste in der Lohnskala würden wie bisher Arbeitgeber und Gewerkschaften aushandeln, differenziert nach Produktivität, Konjunktur und Beschäftigung. Ein Mindestniveau dagegen würde der Staat einheitlich für alle festlegen; denn warum sollte ein Fahrradkurier bedürftiger sein als eine Putzfrau? Bleibt die Frage, wie hoch der Mindestlohn ausfallen sollte. Ist er zu niedrig, hilft er den Beschäftigten nicht. Ist er zu hoch, kostet er womöglich Jobs. Damit es dazu nicht kommt, plädiert IAB-Chef Möller dafür, „mit einem eher niedrigen Mindestlohn zu beginnen“. Im Laufe der Zeit könne der Betrag dann nach und nach erhöht werden. Der frühere Chef der Wirtschaftsweisen Bert Rürup nennt eine Zahl: „Ein Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde in Westdeutschland hat keine relevanten negativen Effekte auf den Arbeitsmarkt.“ Doch würden sich die Politiker mit einer solchen Marke begnügen? Gerieten sie nicht in Versuchung, beständig höhere Verdienste zu fordern? Ökonomen raten dazu, sich am Beispiel Großbritanniens zu orientieren. Dort bestimmt seit 1999 eine unabhängige Kommission über den Mindestlohn. Ihr gehören neben Arbeitgebern und Gewerkschaftern auch Wissenschaftler an. „Ökonomen sollten dabei sein, um zu gewährleisten, dass auch die Belange der Arbeitslosen berücksichtigt werden“, sagt Rürup. Ein weiterer Vorteil des Modells: Die Mitglieder können während ihrer Amtszeit nicht abberufen werden. Zudem verfügt die Kommission über ein eigenes Budget, mit dem sie permanent die Wirkungen ihrer Entscheidungen erforschen und überprüfen kann. Das britische Beispiel, sagt IAB-Chef Möller, „gilt international als Erfolgsmodell“.

## Regierung drängt auf Zugang für türkische Medien

Die Regierung hat sich zur umstrittenen Verteilung der Reporterplätze beim NSU-Prozess geäußert. Bayerns Justizministerin bringt Gesetzesänderungen ins Spiel.

Drei Tage nach Bekanntwerden der Vergabe der Medienplätze im Prozess gegen den Nationalsozialistischen Untergrund hat die Bundesregierung indirekt an die Justiz appelliert, türkischen Medienvertretern im Verhandlungssaal des Oberlandesgerichts München einen sicheren Platz zu geben. Die Regierung habe Verständnis dafür, dass das Interesse der türkischen Medien an dem Verfahren groß sei, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. "Die Hoffnung muss sein, dass mit diesem Medieninteresse auch sensibel umgegangen wird." Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes wurde etwas deutlicher: "Es wäre schön", sagte er, wenn bei dieser die türkische Öffentlichkeit interessierenden Angelegenheit die Möglichkeit bestünde, dass Vertreter türkischer Medien "darüber angemessen berichten können". Beide Sprecher äußerten sich zurückhaltend und verweigerten Erläuterungen mit Verweis auf die Unabhängigkeit der Justiz.

Hintergrund ist die Vergabepaxis des Oberlandesgerichts München, das unter Berufung auf die Strafprozessordnung die Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen zum Vergabekriterium gemacht hatte. So erhielten zwar fünf ARD-Anstalten eigene Plätze, aber kein türkisches Medium. Weil die Sitzplätze einerseits an Medien, andererseits an zuvor angemeldete Journalisten geknüpft sind, scheiterte der Versuch der Bild-Zeitung, der türkischen *Hürriyet* ihren Platz abzugeben.

### "Herz und Empathie sind nicht illegal"

Die Staatsministerin im Kanzleramt, Maria Böhmer, appellierte dringend an das Münchner Oberlandesgericht, seine Akkreditierungspraxis zu überdenken. "In diesem Fall schaut die ganze Welt auf Deutschland", sagte Böhmer, die für Migration und Integration zuständig ist. Grünen-Bundesvorsitzender Cem Özdemir erinnerte an die Angebote von deutschen Redaktionen, Plätze zu tauschen. "Es ist ja nicht unlösbar, wenn man ein bisschen guten Willen einsetzt", sagte er im Hessischen Rundfunk. Das Gericht achte sehr stark auf die Paragraphen. Das sei richtig. "Aber Herz und Empathie sind ja nicht illegal." Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Luders, sagte, das Gericht habe zwar nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz gehandelt und "formal alles richtig gemacht". Doch es gehen nicht um Prinzipienreiterei, sondern darum, "Berichterstattung in den Herkunftsländern der Opfer zu ermöglichen".

Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) brachte eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes ins Spiel. So lasse sich verhindern, dass künftig Gerichte in Zwangslagen kämen wie derzeit das Oberlandesgericht München, sagte sie. "Ich werde solche Vorschläge machen. Das NSU-Verfahren muss freilich nach geltendem Recht geführt werden." Das Oberlandesgericht hatte eine Live-Übertragung der Hauptverhandlung in einen anderen Raum des Gebäudes aus Rechtsgründen abgelehnt. "Diese Entscheidung des unabhängigen Gerichts haben wir alle zu respektieren", sagte Merk. Politiker, die nun lautstark andere Lösungen forderten, sollten nicht das Gericht kritisieren, sondern Vorschläge zur Gesetzesänderung einbringen.

### Politik und Gesellschaft schockiert

Der Prozess gegen die 38-jährige Beate Zschäpe sowie vier mutmaßliche Helfer der Neonazi-Gruppe ist zunächst bis Januar 2014 angesetzt. Die Anklage wirft Zschäpe unter anderem Mittäterschaft bei zehn Morden, schwere Brandstiftung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, dem Nationalsozialistischen Untergrund, vor. Die Bundesanwaltschaft legt der Gruppe die Ermordung von acht türkischen und einem griechischen Einwanderer sowie den Mord an einer deutschen Polizistin zur Last. Die Täter begingen die Morde zwischen 2000 und 2007. Außerdem soll die Gruppe 2001 und 2004 zwei Bombenanschläge in Köln verübt haben. Zschäpes mutmaßliche Komplizen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hatten sich im November 2011 erschossen, als sie nach einem Bankraub kurz vor der Festnahme standen. Der rechtsextremistische Hintergrund der Mordserie wurde erst durch ein Bekennervideo klar. Jahrelang hatte die Polizei die Täter im Milieu der Organisierten Kriminalität vermutet.

Der Fall schockierte Politik wie Gesellschaft und stellte die Arbeit der Sicherheitsbehörden wegen zahlreicher Ermittlungsspannen grundsätzlich infrage. Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern prüfen seither, wie es dazu kommen konnte.

*Quelle: ZEIT ONLINE / 27/03/2013*

„Alternative für Deutschland“

## Gegnerbeobachtung

Für viele ist die „Alternative für Deutschland“ nicht mehr als die Idee einiger Ökonomie-Professoren. Wie gut sie bei den nächsten Wahlen abschneiden kann, ist auch für Parteienforscher schwer vorauszusagen. Von MAJID SATTAR, BERLIN

(...) Die neugegründete Partei löst Unruhe aus, was auch damit zusammenhängt, dass die anderen vor einem Dilemma stehen: Man möchte den wiederholten Versuch, in Deutschland eine rechtspopulistische Partei zu etablieren, nicht durch Aufmerksamkeit ungewollt befördern. Nach der Erfahrung mit der Piratenpartei soll aber es auch kein böses Erwachen am Wahltag geben. Parteizentralen und politische Stiftungen haben in den vergangenen Tagen Strategiepapiere, Informationssammlungen und Vermerke zum Umgang mit der neuen Partei verfasst, die ihren Weg an die Öffentlichkeit fanden.

### Straffe Führung gegen chaotische Meinungsvielfalt

In einem Vermerk für das Büro der SPD-Generalsekretärin, der (wie das Willy-Brandt-Haus hervorhebt, nachdem das Papier unbeabsichtigt an die Öffentlichkeit gelangt war) mitnichten ein beschlossenes Strategiekonzept darstellt, wird die Empfehlung ausgesprochen, die AfD solle nicht „mit aktiven Stellungnahmen“ aufgewertet werden. „Solange die Medien die AfD zum Problem von Merkel und Schwarz-Gelb erklären, braucht es keine Aktivität der SPD.“ Sollte es dennoch zu öffentlichen Nachfragen kommen, wird den Genossen empfohlen, die AfD als „populistische Abspaltung von CDU und FDP“ zu bezeichnen; es handle sich um nationalkonservative und marktradikale Kräfte, die sich von Union und FDP abwendeten. Die AfD bedeute „das Ende von Merkels Kanzlerschaft“. Die schwarz-gelbe Strategie, den Wahlkampf-Schwerpunkt auf die Krisenpolitik zu setzen, erzeuge notwendigerweise zugleich Protest und Abspaltung im eigenen Lager. Der Verfasser des Vermerks - es handelt sich um den in der Parteizentrale für Gegnerbeobachtung zuständigen Frank Wilhelmy - mahnt seine Partei, die AfD „sehr ernst zu nehmen“: Die SPD habe „reaktiv die Aufgabe, in der Europa- und Euro-Krisenpolitik eine Verdeutlichung und Popularisierung ihrer Position vorzunehmen“. Die AfD sei keineswegs eine Single-issue-Partei, thematisiere neben der Euro Krise mit der Forderung nach Volksabstimmungen auch die Demokratiefrage, der spätestens seit Stuttgart 21 eine eigenständig mobilisierende Kraft zugeschrieben werden könne. Die AfD könne das vorhandene Potential für eine populistische Partei womöglich nachhaltiger nutzen, weil sie sich nach rechts offensiv abgrenze. Zudem verhindere straffe Führung eine chaotische Meinungsvielfalt. Und die Zeit bis zur Bundestagswahl sei zu kurz für eine Selbstentzauberung.

### „AfD“ sieht sich als Retter vor dem „Kartell“

Auf dem SPD-Parteitag in Augsburg war die AfD neben Peer Steinbrücks Problemen das Gesprächsthema. Sosehr die Partei in ihrer Kommunikation das Problem Schwarz-Gelb zuschieben mag, so wenig entspricht dies internen Einschätzungen: Sollte die AfD Erfolg haben, werde es unter den etablierten Parteien keinen Gewinner geben, schon gar nicht in einer der beiden Volksparteien. An der SPD-Basis seien Verunsicherung und Frustration über die Euro-Krisenpolitik ausgeprägt. Auch wird der AfD zugetraut, Nichtwähler zu mobilisieren, welche die Genossen gerne selbst einfangen würden. In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) werden teilweise ähnliche Einschätzungen formuliert wie in dem Papier der SPD-Gegnerbeobachtung: Die AfD sollte ernst genommen, jedoch nicht „durch anhaltende öffentliche Auseinandersetzung aufgewertet werden“. Und das Papier aus der FDP-Zentrale, das sich mit weitergehenden Schlussfolgerungen noch zurückhält, warnt: Zwar würden manche Aussagen der AfD unbestreitbar von Rechtspopulistischen unterstützt, dies allein erlaube allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine seriöse Bewertung, die AfD sei „rechtspopulistisch“ oder gar „rechtslastig“. Es gibt Hinweise, dass Union und FDP sich in ihrem Umgang mit der neuen Partei relativ einig sind: Die KAS-Studie empfiehlt, Versuche der AfD, sich selbst als Retter vor dem „Kartell“ der „Altparteien“ aufzuspielen, mit inhaltlicher Auseinandersetzung zwischen den großen Parteien zu begegnen. Würden die Unterschiede im Umgang mit verschuldeten Staaten zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün herausgearbeitet, werde die „simple Rhetorik“ der AfD nicht verfangen können.

### Der Weg in Vielparteienparlamente

Die Argumentationslinie von Schwarz-Gelb dürfte lauten: Wer aus Unzufriedenheit über die Europolitik der Bundesregierung AfD wählt, erhält Rot-Grün - und damit eine Europolitik, die er bestimmt nicht wolle. Die AfD hat darauf schon reagiert. Vorstandsmitglied Alexander Gauland erwiderte, die Gefährdung von Schwarz-Gelb sei nicht das Ziel seiner Partei. Vielmehr wolle man eine Änderung der Regierungspolitik erreichen. So stichhaltig das Argument der Koalition sein mag, es dürfte nicht bei Leuten verfangen, die aus einer diffusen Protesthaltung heraus handeln, was Demoskopen den potentiellen Anhängern der AfD attestieren. (...) Der Bundestagswahlkampf findet also mit einer Unbekannten statt. Gerät die Berliner Republik übertriebenerweise in Aufregung über ein Häuflein von

Ökonomie-Professoren, die glauben, Politik nach VWL-Lehrbüchern machen zu können, und frustrierten Konservativen, die sich nach einer Welt sehnen, die längst untergegangen ist? Oder setzt sich jener Niedergang der deutschen Volksparteiendemokratie fort, der von manchem als Europäisierung des deutschen Parteiensystems schönegeredet wird? (...)

*Quelle: <http://www.faz.net/27.04.2013>*

## Der wahre Tag der Deutschen

Warum der 18. März nationaler Gedenktag, ja Nationalfeiertag werden muss.

von Benedikt Erenz

5 Deutschland und seine Flaggen, seine Hymnen, seine Nationalfeiertage - ein unendliches Kapitel. Der Streit um die Flagge ist lange schon entschieden, über das liebe (Trink-)Lied der Deutschen von Hoffmann von Fallersleben wird kaum noch gestritten, obwohl wir doch alle, und nicht nur Rainer Brüderle, das Lob der »deutschen Frauen« und des »deutschen Weins« in der streng verpönten zweiten Strophe nach wie vor vermissen.

10 Nur die Frage des Nationalfeiertages, sie stellt sich immer wieder. Der 3. Oktober bleibt ohne Bild, ohne Ereignis, ein bürokratischer Akt, ein steueramtlicher Stichtag, an dem 1990 die Einheit vollzogen wurde. Aber vielleicht ist dieser 3. Oktober genau das Datum, das die Republik verdient: geschichtslos, formal, mit Stempel und Paraphe, ein Datum aus der Umlaufmappe, ganz nach dem Geschmack der regierenden Bürokratie.

15 Wer jedenfalls die Einigkeit feiern möchte, der stoße auf den 9. November 1989 an, den Tag, an dem in Berlin die Mauer fiel. Wer die Freiheit hochleben lassen will, der gedenke des 17. Juni 1953, als Zigtausende in der DDR auf die Straße gingen, bis die sowjetischen Panzer rollten. Wer das Recht würdigen möchte, der erhebe sein Glas auf den 23. Mai 1949, als in Bonn die Verfassung unterzeichnet und verkündet wurde, das Grundgesetz des freien Deutschlands. Das sind Ereignisse, Bilder, die sich ins kollektive Gedächtnis eingebraunt haben, das sind Meilensteine, Jahrestage.

20 Und dann gibt es da noch den 18. März. Den 18. März 1990, an dem die Bürger der DDR zum ersten Mal frei wählen konnten und eine große Mehrheit mit ihrer Wahl indirekt für alle drei Forderungen des Deutschlandlieds stimmte: für Einigkeit und Recht und Freiheit. Zugleich aber reicht der 18. März weit in die deutsche Geschichte zurück. Da ist der 18. März 1793, als in Mainz der Präsident des ersten frei gewählten Parlaments auf deutschem Boden die erste Republik auf deutschem Boden ausrief, als unter dem Schutz der französischen Revolutionstruppen mutige Bürger am Rhein darangingen, es den Franzosen nachzutun und die Demokratie zu wagen. Und da ist der 18. März 1848, als in Berlin das Volk aufstand, Bürger und Arbeiter, um das verhasste Hohenzollernregime in die Schranken zu weisen. Es gibt keinen historischen Erinnerungstag, der einen solch weiten Bogen in die Vergangenheit schlägt wie der 18. März - allenfalls noch der von Schmerz und Hoffnung gleichermaßen gezeichnete 9. November. [...]

30 Dafür, dass der 18. März, wenn nicht zum Nationalfeiertag, so doch zum nationalen Gedenktag erklärt wird, setzt sich schon seit Jahrzehnten die rührige »Aktion 18. März« ein. Die Unterstützer kommen aus allen Teilen der Republik und allen Parteien. Bekannte Namen finden sich darunter, von Martin Walser bis Katrin Göring-Eckardt, von Hermann Otto Sohns bis Petra Pau. Doch unser Bundestag kann sich nicht auf einen interfraktionellen Antrag einigen, den 18. März zum Gedenktag zu erheben.

35 Geschichte kann man nicht verändern, Tradition aber lässt sich wählen. Unsere Tradition ist die Freiheit. Die Republik sollte den Mut dazu haben - zum 18. März als nationalem Gedenktag, als Nationalfeiertag.

Die Zeit, 21.01.2013

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV2

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Mittiger geht's nicht

Die Union ist weder konservativ noch rechts. Deshalb kann sie auch mit den Grünen, sie darf es nur nicht sagen.

*Von Bernd Ulrich*

Politik kann sehr interessant, sogar amüsant sein, wenn man sich ein bisschen damit beschäftigt. Etwa mit der CDU, die sich am Montag zu ihrem Parteitag trifft. Oder mit der Debatte um Schwarz-Grün. Die CDU gehört zu den merkwürdigsten Parteien der Welt. Offiziell gilt sie als rechts, konservativ und christlich, tatsächlich ist sie ganz und gar Mainstream, so mittig, mittiger geht's nicht. Und der Mainstream in Deutschland ist bekanntlich sozial, ökologisch, partizipatorisch, frauenbewegt und pazifistisch.

Wenn man sich die mittige Programmatik sowie die unautoritäre, sachlich-weibliche Führung der Union ansieht und sie gedankenspielerisch einmal in andere politische Landschaften versetzt, dann sieht das so aus: In Großbritannien ähnelte sie den Liberaldemokraten, und in den USA wären die CDUler samt und sonders Demokraten, kein deutscher Republikaner nirgends. Wenn nun nostalgische CDU-Mitglieder oder böswillige Grüne und Sozialdemokraten beweisen wollen, dass die Union doch noch konservativ ist, so verweisen sie auf das Betreuungsgeld oder auf das Adoptionsrecht für Homosexuelle. Wenn man aber mal aus dem deutschen Mainstream heraustritt, so zeigt sich gleich, dass die CDU nicht im Geringsten konservativ ist, sondern, dass sie bloß hier und da den letzten Schrei an Progressivität noch nicht mitmacht.

Ob nun die CDU im Innersten christlicher ist als SPD oder Grüne - da will man die Hand nicht für ins Fegefeuer legen; ob im Zweifel eher die Grünen zu einer militärischen Intervention für Menschenrechte bereit wären oder die Unionisten, kann niemand seriös vorhersagen; ob schließlich Ursula von der Leyen sozialpolitisch links von Katrin Göring-Eckardt steht oder umgekehrt, ist strittig. Sicher ist nur, dass sich beide auf dem Feld links von Peer Steinbrück bewegen, jedenfalls wenn der die volle Befreiheit hätte.

Was die Union wirklich von SPD und Grünen unterscheidet, ist nicht so sehr das Programm, sondern die Tatsache, dass sie regiert, und das Regieren ist aufgrund der Härten der Realität üblicherweise ein bisschen weiter rechts als das Opponieren. [...]

Man mag es schön finden oder auch nicht: CDU, SPD und Grüne unterscheiden sich in den wichtigen Fragen - Energiewende, Außenpolitik und Europa - nur marginal, in den marginalen Fragen auch nicht allzu sehr. Vor diesem Hintergrund mutet die Diskussion um die Frage, ob Schwarze und Grüne nach der nächsten Bundestagswahl möglicherweise koalieren könnten, an wie eine Komödie unter dem Titel: »Mister Bean geht in die Politik«.

Um hier das Langweiligste vorwegzunehmen, also den Schluss, der ja in Komödien immer das Langweiligste ist: Ja, sie würden koalieren. Wenn die Union nur wählen kann zwischen Großer Koalition und Schwarz-Grün, dann macht sie Schwarz-Grün. Wenn die Grünen nur wählen können zwischen Ampel, Opposition und Schwarz-Grün, dann machen sie Schwarz-Grün.

*Die Zeit, 26.11.2012*

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV2

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Wie helfen die Deutschen?

*Von Jörg Lau*

Die islamistischen Rebellen in Mali haben sich vor der überlegenen Feuerkraft der französischen Truppen zurückgezogen – aber ausgeschaltet sind sie noch nicht. So skeptisch sieht es die Bundesregierung. Trotzdem ist Berlin froh über die Schnelligkeit, mit der die Franzosen die großen Städte Malis befreit haben. Nun aber geht es um Stabilisierung, Wiederaufbau und Versöhnung -  
5 (um jenen »politischen Prozess« also, den der deutsche Außenminister bei jeder Gelegenheit fordert. Damit rückt Berlins Beitrag umso mehr in den Blick. Er lässt sich mittlerweile beziffern: 15 Millionen Euro hat Deutschland bei der internationalen Geberkonferenz in Addis Abeba für die afrikanische Militärmission Afisma bereitgestellt. Die soll zusammen mit der malischen Armee das Land stabilisieren und die Dschihadisten in Schach halten. 338 Millionen Euro werden dafür  
10 insgesamt veranschlagt. In Wahrheit weiß kein Mensch, wie viel die Mission am Ende kosten wird. Der deutsche Beitrag, der Lastwagen und ein Feldlazarett einschließt, ist der drittgrößte. Nur Franzosen (47) und Amerikaner (71 Millionen) geben noch mehr. Natürlich glaubt kaum einer, dass es damit getan sein wird. Zusätzlich zu den bereits eingesetzten zwei Transall-Transportflugzeugen wird Deutschland ein weiteres schicken. Von März an werden bis zu 40 deutsche Militärausbilder  
15 an der EU-Trainingsmission (EUTM) in Mali teilnehmen.

In Wahrheit ist die immer wieder aufgeworfene Frage, ob dies auch Deutschlands Krieg sei, müßig: Deutschland war an beiden UN-Resolutionen im Sicherheitsrat beteiligt, in denen zur Rückeroberung des Nordens aufgerufen wurde. Deutschland hat auch immer gefordert, die malische Übergangsregierung solle eine Road Map, einen Plan zur Rückkehr zur verfassungsmäßigen  
20 Ordnung, aufstellen. Nun gibt es diesen Plan, und er entspricht den deutschen Wünschen. Funktionieren kann er aber nur, wenn die Städte Malis nicht in die Hände islamistischer Terroristen zurückfallen.

Und hier wird es schwierig: Die Stabilisierung soll ein »afrikanisches Gesicht« haben. Das ist zwar sinnvoll, damit sich die Freude über die Befreiung von den Dschihadisten nicht in Wut über neokoloniale Besatzer verwandelt. Ob allerdings die afrikanischen Truppen der Afisma zusammen  
25 mit der malischen Armee in der Lage sein werden, diese Aufgabe zu stemmen, wird von Militärexperten bezweifelt. [...]

Was also tun? Die EU hat ein Instrument, das wie geschaffen ist, die Franzosen zu entlasten und den Auftritt der Afrikaner mit vorzubereiten: Seit 2007 unterhält sie Krisenreaktionskräfte, sogenannte  
30 Battle Groups. Sie sind dazu da, in Krisensituationen voranzugehen, um eine UN-Mission vorzubereiten - wie jetzt den Einsatz der afrikanischen Soldaten. Ihr Einsatz müsste allerdings einstimmig beschlossen werden, und das heißt: auch mit der Stimme der Bundesregierung. Doch die hat den Einsatz von Kampftruppen kategorisch ausgeschlossen.

*Die Zeit*, 31.01.2013

SERIE LANGUES VIVANTES  
ANALYSE LV2  
TEXTE  
HORS PROGRAMME

## Alternative für Deutschland will Euro abschaffen

Von Jörg Meyer

Kritiker der Euro-Rettungspolitik bereiten nach einem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" die Gründung einer Partei mit dem Namen "Alternative für Deutschland" vor. Die Partei fordert nach eigenen Aussagen die "Auflösung des Euros zugunsten nationaler Währungen oder kleinerer Währungsverbände". Man sei zudem  
5 gegen weitere "milliardenschwere Rettungsschirme" und gegen eine europäische Transferunion. Als drittes Ziel nennt die "Alternative für Deutschland" die Entbürokratisierung der EU – das solle geschehen durch "Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene".

Die Partei soll im April offiziell ins Leben gerufen werden und zur Bundestagswahl im  
10 September antreten, spätestens aber zur Europawahl im Juni 2014, wie die Zeitung berichtet. Gründer sind demnach der Ökonom und Leiter des "Vereins zur Unterstützung der Wahlalternative 2013", Bernd Lucke, der Publizist und ehemalige "FAZ"-Redakteur Konrad Adam sowie der Publizist Alexander Gauland. Adam und Gauland sind Wertkonservative. Gauland war einst unter dem zum rechten Flügel der CDU zählenden  
15 Walter Wallmann Staatssekretär in der Hessischen Staatskanzlei.

Seit Jahren kritisiert Gauland den Verlust des konservativen Profils der CDU. So habe er sich die Frage gestellt, wo es in Deutschland noch Kräfte gebe, die eine Politik, die er und  
"mindestens eine sehr große Minderheit, wenn nicht die Mehrheit" für falsch hielten,  
20 verändern wollten." Die Stimmung in der Bevölkerung ist eine ganz andere", sagt Gauland. "Und keine der großen, etablierten Parteien fängt diese Stimmung auf." Auch in seiner Partei, der CDU, hätten kritische Stimmen "keine Chance, auf irgendeine Weise etwas zu bewegen". In der Debatte über die Schuldenkrise stelle er in allen etablierten Parteien eine Furcht fest, "antieuropäisch oder gar deutsch-national zu erscheinen". "Wir  
25 sind unfähig, nationale Interessen zu formulieren", sagt Gauland.

"Die Bundesrepublik Deutschland ist in der schwersten Krise ihrer Geschichte", heißt es im Gründungsaufwurf. Die "Alternative für Deutschland" will retten, was noch zu retten ist:  
"Das Euro-Währungsgebiet hat sich als ungeeignet erwiesen. Südeuropäische Staaten verarmen unter dem Wettbewerbsdruck des Euro. Ganze Staaten stehen am Rande der  
30 Zahlungsunfähigkeit"

Am Samstag gründete die "Alternative für Deutschland" eine neue Facebook-Seite. Zu den Unterstützern gehören dem Bericht zufolge überproportional viele liberale und konservative Professoren, die Lehrstühle für Volkswirtschaft innehaben oder -hatten. Auch der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI),  
35 Hans-Olaf Henkel, finde sich auf der Unterstützerliste. Die neue Partei wendet sich nach eigenen Angaben gegen die Euro-Rettung, bekennt sich aber uneingeschränkt zur friedlichen Einigung Europas.

*Die Welt*, 03.03.2013

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV2

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Muslime jenseits des Minarett-Verbots

Von Christof Forster

Die öffentliche Debatte zum Islam in der Schweiz ist negativ geprägt. Symptomatisch dafür verlangte eines der Postulate aus dem Nationalrat, das zum vorliegenden Bericht führte, mehr Informationen über die Häufigkeit und geografische Verteilung von «Hasspredigern, Scharia-Recht, Zwangsehen, Mädchenbeschneidungen, Verhüllungszwang und Dispensationen von schulischen Angeboten». Oft diene der Islam als Projektionsfläche für Ängste um den Verlust der nationalen, kulturellen oder religiösen Identität, die in Zeiten der Globalisierung als bedroht wahrgenommen werde, schreibt der Bundesrat. Ein Beispiel dafür liefert das Minarett-Verbot. Hinzu kämen stereotype Vorstellungen über den Islam. Der Bericht ortet im öffentlichen Diskurs (was die Politik einschliesst) und in den Medien eine undifferenzierte und oft verletzende negative Haltung gegenüber Islam und Muslimen.

Der 100-seitige Bericht des Bundesrats zur Situation über die Muslime in der Schweiz, der sich dem Thema grundsätzlich wohlwollend nähert, stützt sich auf Forschungserkenntnisse und bundesinterne Erhebungen, aber auch auf praktische Erfahrungen von Behörden, Institutionen und Fachleuten, die täglich Kontakt mit Menschen muslimischen Glaubens haben.

Obwohl oft pauschal vom «Islam» gesprochen wird, gibt es in der Schweiz keine eigentliche muslimische Gemeinschaft, sondern eine Vielzahl von verschiedenen Gemeinschaften. Diese sind untereinander wenig vernetzt. Für viele Muslime ist die Religionszugehörigkeit nicht das wichtigste Merkmal ihrer Identität. Der Anteil der praktizierenden Muslime liegt bei 10 bis 15 Prozent und damit in ähnlichen Grössen wie bei anderen grossen Religionsgemeinschaften in der Schweiz. Von den aktiven Gläubigen ist eine kleine Minderheit streng praktizierend, über 80 Prozent erledigen ihre religiösen Aktivitäten pragmatisch und ohne Widerspruch zu den hiesigen Verhältnissen. Die Muslime in der Schweiz pflegten – entgegen der landläufigen Einschätzung – kein innigeres Verhältnis zur Religion als Angehörige anderer Religionsgemeinschaften, hält der Bericht fest. Tendenzen zur Islamisierung oder die Bildung von Parallelgesellschaften, wie sie in einigen westeuropäischen Ländern diskutiert werden, seien derzeit in der Schweiz kaum festzustellen. Sie beschränkten sich auf sektiererische Randgruppen wie die Salafisten.

Gravierende Differenzen religiöser Natur kommen laut Bundesrat nur in Ausnahmefällen vor und seien meist an eine Person gekoppelt. Die religiöse Zugehörigkeit müsse zwar oft als Ursache für Probleme herhalten. Die Erfahrungen im Alltag zeigten aber, dass eher Sprach- und Kommunikationsbarrieren ein Hindernis darstellten. Menschen islamischen Glaubens fühlen sich deshalb laut Bericht oft doppelt als Ausländer und Muslim diskriminiert.

*Neue Zürcher Zeitung*, 09.05.2013

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV2

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Blockupy in Frankfurt: Krisenprotest in der Krise

*Von Meike Schreiber*

**Bei der Blockupy-Kundgebung in Frankfurt am Main nahmen deutlich weniger Demonstranten als 2012 teil. Dennoch kam es beim Protestmarsch zu Scharmützeln. Die Polizei kesselte Aktivisten stundenlang ein.**

(...)

Die Auftaktveranstaltung auf dem Baseler Platz im Bahnhofsviertel ähnelte am Morgen einer Mischung aus Stadtteilstfest, Junggesellenabschied und Trauermarsch. Keine Spur von der vorrevolutionären Stimmung des vergangenen Jahres, als sich die Frankfurter als Teil eines weltumspannenden Ganzen fühlen konnten. Als Tafeln und Plakate ("New York, Rio, Tokio") davon kündeten, dass Occupy in ähnlich vielen Ländern präsent war wie die Deutsche Bank. Eine Handvoll Demonstranten trägt eine Guy-Fawkes-Maske, jenes Symbol der Occupy-Bewegung, die einst von New York aus die Welt erobern wollte. Nun sind es vor allem Vertreter der üblichen Verdächtigen aus DKP (Deutsche Kommunistische Partei), Attac, Europäische Linke und Gewerkschaften, die sich die Beine in den Bauch stehen. Ein älterer Demonstrant trägt den "Oben bleiben"-Button von Stuttgart 21, aus einem Lautsprecher tönt "Where have all the flowers gone". Botschaften wie "Weltweite Steuern auf Vermögen und Maschinen", "Deutsche Bank enteignen, Finanzmärkte entmachten" oder auch überraschend konkret "ALG II: Mindestens 500 Euro Eckregelsatz" werden auf selbstgemalten Schildern in die Höhe gehalten.

### Die 62-jährige Resi singt "Griechische Pein"

Es ist kühl und windig - Bonjour tristesse. "Die Leute kommen erst, wenn ihnen wirklich der Arsch brennt", sagt Henning, Controller in einer Darmstädter Klinik. Die Euphorie der Jahre 2011 und 2012 sei weg. Anders als etwa den Griechen gehe es den Deutschen wohl zu gut, sie wüssten zu wenig darüber, wie ungleich die Vermögen in Europa verteilt seien, sagt der 35-Jährige. Seine Schlussfolgerung: "Warum arbeiten wir? Letztlich um die Zinsen der Reichen zu erwirtschaften."

Ein paar Meter weiter steht Resi, 62, Psychologin aus Köln. (...) Resi hat jahrzehntelange Protesterfahrung, angefangen mit den Notstandsgesetzen 1968. Heute sorgt sie sich um die Lage der jungen Generation, die Arbeitslosigkeit im Süden Europas. "In Spanien und Portugal werfen sie ihre Jugend auf den Müll", sagt Resi. Als Demo-Routinier bleibt sie angesichts der wenigen Teilnehmer gelassen: "Das gibt es oft, dass solche Bewegungen in sich zusammenfallen."

Schuldenkrise, Finanzkrise, Euro-Krise - nichts davon ist ausgestanden, und doch ist kaum etwas übrig vom Occupy-Hype, der einst die Feuilletons füllte und die Nomenklatura herausforderte. Nach dem Höhepunkt der Finanzkrise hatte eine bunte Mischung aus Studenten, Linksalternativen und Wutbürgern rund um den Globus Zeltstädte aufgebaut, um gegen die Banker zu demonstrieren. Ein richtiges Thema zur richtigen Zeit.

### Blockupy hat sein Geschäftsmodell diversifiziert

Doch in New York mussten die Aktivisten ihr Camp Ende 2011 nach gewaltsamen Auseinandersetzungen räumen, in Frankfurt war im Sommer 2012 Schluss - auf bürokratisch-

deutsche Art, weil die Stadt den Müllberg vor der Europäischen Zentralbank (EZB) abtragen wollte. Vor allem aber scheiterte die Bewegung an ihrem eigenen Anspruch, sich basisdemokratisch und führerlos zu organisieren. Inhaltlich zu diffus, politisch zu schwach.

Jetzt, in diesem Jahr, richten sich die Proteste längst nicht mehr nur gegen die Banken und die EZB, die für die Aktivisten das Symbol der europäischen Krisenpolitik ist. Am Flughafen wird gegen die Abschiebung von Flüchtlingen demonstriert und auf der Einkaufsmeile Zeil gegen schlechte Produktionsbedingungen in der Textilwirtschaft sowie Mietpreiserhöhungen in Großstädten. Blockupy hat sein Geschäftsmodell diversifiziert, an Attraktivität freilich mangelt es.

### **Der Anspruch sinkt mit der Teilnehmerzahl**

"Die klassischen Träger von Sozialprotesten, etwa die Gewerkschaften, sind weniger stark vertreten. Denen sind diese Formen des zivilen Ungehorsams oft nicht so ganz geheuer", sagt Oliver Nachtwey, Soziologe an der Universität Trier, der an einer Studie zur Occupy-Bewegung mitgewirkt hat. Er wertet es immerhin schon als Erfolg, dass die Proteste überhaupt stattfinden. Schließlich sei die Veranstaltung in diesem Jahr viel schwieriger zu organisieren gewesen, da das Camp nicht mehr existiert. Auch die Veranstalter sind zufrieden mit den Protesttagen: "Wir haben unsere Aktionsziele erreicht, die EZB blockiert, es gab tolle Aktionen vor der Deutschen Bank", sagt eine Sprecherin.

Am Freitag etwa blieben viele Banken und Firmen in der Frankfurter Innenstadt verwaist. Die Mitarbeiter mussten meist einen Tag Urlaub nehmen, Überstunden abbummeln oder zu Hause arbeiten. Über Büroräume außerhalb der City sicherten die Geldhäuser den Notbetrieb. Bankern, die dennoch ins Büro gingen, wurde geraten, in Jeans und Pullover zu kommen, um keine Angriffsfläche zu bieten - Casual Friday aus Notwehr.

*Spiegel Online*, 01.06.2013

SERIE LETTRES ET ARTS

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

## **„De l'Allemagne“ im Louvre Aus tiefem Tal zu Riefenstahl**

*Was für ein Bild von Deutschland entwirft die Ausstellung „De l'Allemagne, 1800-1939. Von Friedrich zu Beckmann“ im Pariser Louvre – und warum?*

Von NIKLAS MAAK

Zu den wenigen Dingen, die in Paris gerade von einer Annäherung im merklich abgekühlten deutsch-französischen Verhältnis künden, gehören in dieser Woche die Cover der Zeitungen, die am Kiosk vor der Pariser Metrostation Palais Royal ausliegen: Auf dem Titel der „Zeit“ schaut einen Hitler an, auf dem Cover des französischen „Le Point“ guckt ebenfalls Hitler in die Ferne, die Titelthemen dort sind „Der Führer und die Frauen“ sowie, ebenfalls mit Hitlers Gesicht illustriert, „Der Aufstieg der Neonazis in Griechenland“. Nicht weit dahinter, an der Fassade des Louvre, wirbt ein großes Transparent für die Ausstellung „De l'Allemagne, 1800-1939. De Friedrich à Beckmann“. Die Ausstellung ist eine deutsch-französische Kooperation. Sie wurde, unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin Merkel und des Staatspräsidenten Hollande, vom Deutschen Forum für Kunstgeschichte in Paris konzipiert und vom Louvre inszeniert - aber nichts ist gerade einfach zwischen Deutschland und Frankreich.

Schon bevor die Schau eröffnet wurde, war zu hören, dass es größere Auseinandersetzungen zwischen den Kunsthistorikern des Forums und dem Direktor des Louvre, Henri Loyrette, darüber gab, wohin die Erzählung von der deutschen Kunst, die man hier entwarf, führen und wie man sie inszenieren sollte. Mitarbeiter des Forums berichten, dass sie, als die Ausstellung aufgebaut wurde, keinen Zutritt zum Louvre erhielten und, als sie doch hineindurften, erstaunt bis entsetzt waren, was aus ihrer Schau geworden war - nämlich die Bildergeschichte eines abgründigen, von starken dunklen Kräften gebeutelten Landes, das über die Romantik, die bizarren Welten Böcklins und einen grünstichigen Expressionismus hindurch mehr oder weniger geradlinig auf den Nationalsozialismus zusteuerte.

### **In Frankreich selten zu sehende Kunst**

„Schon die Unterteilung der deutschen Kunst in eine apollinische und eine dionysische Richtung stammt nicht von uns und ist meines Erachtens nicht hilfreich“, sagt Andreas Beyer, Direktor des Forums; sie sei vom Louvre ohne Rücksprache vorgenommen worden. Es geht hier also um mehr als den üblichen langweiligen Krach unter Kuratoren: Der Louvre, so der Vorwurf, habe aus dem Material, das das deutsche Forum lieferte, seine eigene Geschichte Deutschlands gebastelt - und diese Geschichte bestätigt alle Klischees des romantisch-fremden, gefährlich dunklen Nachbarlandes. Die rund zweihundert Werke umfassende Ausstellung unterteilt sich grob in drei Kapitel. Mit dem ersten wollten die Kunsthistoriker des Forums einen Einblick in die in Frankreich selten zu sehende Kunst der deutschen Romantik geben und zeigen, wie sich von 1800 an auch in der Kunst ein Nationalgefühl konstituierte (...).

Aber von der Jahrhundertwende bis zum Jahr 1939 ist noch eine Strecke zurückzulegen, und hier gibt der Louvre der Ausstellung eine eigenartige Schlagseite. Interessant ist noch, wie bestimmte Motive bis zu Menzel und in den deutschen Expressionismus hineinwirken. Was die Ausstellung danach zeigt, ist problematisch. Sie endet mit Leni Riefenstahls Film „Olympia“ von 1936, das jüngste Werk ist Beckmanns „Hölle der Vögel“ von 1938, auf dem

eine vierbusige Schreckensfrau den Arm zum Hitlergruß erhebt. Aus dem Jahr 1939 gibt es kein einziges Werk; warum aber dann „1800-1939“?

### **Schicksalsschlag Nationalsozialismus**

Loyrette, so heißt es im Forum, habe das Datum suggestiver gefunden. Für eine Stellungnahme ist im Louvre niemand zu erreichen. Entstanden ist so jedenfalls jene seltsam teleologische Konstruktion, die Beyer vermeiden wollte: Wer die Katalogbeiträge nicht liest und nur der Beschilderung der Schau folgt, gewinnt den Eindruck, dass die Deutschen sich nach einem kurzen Moment der Faszination für die Antike in ihre Wälder zurückzogen und dort, im grün vermoosten Dickicht, unter den giftigen Farben von Erde und Schimmel, gegen 1900 verrückt wurden, bevor sie schließlich im Nationalsozialismus wieder herausgekommen sind.

Deutsche Kunst wirkt hier nur noch als das Treibgut, das in einem reißenden, in seiner Richtung nicht zu beeinflussenden Schicksalsstrom unweigerlich auf das „Dritte Reich“ zutreibt, der Nationalsozialismus, mit dem die Ausstellung endet, erscheint als unvermeidlicher, sich in der Kunst prämonitorisch ankündigender Schicksalsschlag und nicht als politische Entwicklung, zu der es Alternativen gab. Diese Alternativen - ein Deutschland, das nach dem Ersten Weltkrieg auch unter dem Eindruck Frankreichs an das aufklärerische Potential der Romantik anknüpfte - kommen im Schreckenspanorama der letzten Räume viel zu kurz (...).

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.04.2013

SERIE LETTRES ET ARTS

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

## **Berlins Gedenkstätten sind gefragt wie nie zuvor**

Ob Mauergedenkstätte oder Topographie des Terrors, alle verzeichnen einen Besucherzuwachs. Eine außergewöhnliche Entwicklung.

Von Sven Felix Kellerhoff

Das Interesse an Berlins Vergangenheit und ihren Brüchen nimmt weiter zu. Die zentrale Dokumentation zur Mauer quer durch die Stadt in der Bernauer Straße hat im vergangenen Jahr mehr als 700.000 Interessierte angezogen, noch einmal fast zehn Prozent mehr als 2011, dem 50. Jahrestag des Mauerbaus. Sogar fast 20 Prozent mehr Besucher hat die Dokumentation Topographie des Terrors gezählt: Etwa 948.000 Menschen suchten das frühere Gestapo-Gelände auf. 2011 waren noch 804.000 Interessierte gezählt worden.

Der Besucherzuwachs bei diesen zentralen Dokumentationsstätten für Staatsverbrechen der totalitären Regime in Deutschland ist außergewöhnlich, stellt aber nicht grundsätzlich eine Ausnahme in Berlin dar: Auch die anderen Geschichtsorte sind 2012 gut nachgefragt worden; Einbrüche waren nirgends zu verzeichnen. Offensichtlich verteilen sich die Besucherströme nicht anders, sondern das Interesse nimmt deutlich zu.

Das Deutsche Historische Museum verzeichnete sogar einen Zuwachs von 21 Prozent gegenüber 2011: Mit 880.000 Besuchern nach zuvor 740.000 kann der neue Präsident Alexander Koch zufrieden sein. Das Gleiche gilt für den erst im September 2011 als Ausstellung eröffnete "Tränenpalast". In das frühere Ausreisekontrollgebäude der DDR-Grenztruppen und der Stasi am Bahnhof Friedrichstraße kamen fast 200.000 Besucher.(...)

### **Gedenkstätten-Chefs fühlen sich bestätigt**

Unter den Leitern der Gedenkstätten führen solche Zahlen zu großer Zufriedenheit. Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, sagte der Morgenpost: "Der Ort der Information verzeichnete 2012 die höchsten Besucherzahlen seit Eröffnung und bestätigt so die allgemeine Tendenz eines dauerhaft großen, sogar steigenden Interesses an Zeitgeschichte." Auch Axel Klausmeier, Chef der Stiftung Berliner Mauer, sieht den Zustrom als Bestätigung: "Der Zulauf gerade von jungen und internationalen Besuchern und damit auch das Interesse an der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ist riesengroß." Das von Land und Bund getragene dezentrale Gedenkstättenkonzept gehe voll auf.

Ebenfalls zufrieden ist die Stiftung Topographie des Terrors. Direktor Andreas Nachama ließ mitteilen: "Einerseits profitiert das Dokumentationszentrum von der steigenden Zahl der Berlin-Besucher aus aller Welt. Es ist aber spürbar, dass das Interesse an historischen Themen im Bereich des Kulturtourismus steigt." Wenn die Zeitzeugen nicht mehr sprechen könnten, dann würden die authentischen Orte der Geschichte an Bedeutung gewinnen.

Hubertus Knabe, der Chef der Stasiopfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen, nutzte die Bilanz allerdings auch zu Kritik: "Das Interesse an der DDR nimmt weiter zu – paradoxerweise aber vor allem bei denen, die selbst nicht betroffen sind." Deshalb müssten Berlin und Brandenburg mehr tun, damit die SED-Diktatur nicht aus dem Blickfeld gerät: "Vor allem

Jugendliche sollten besser über die Folgen des Kommunismus aufgeklärt werden."

Die Gründe für die Konjunktur der Zeitgeschichte in Berlin sind nicht erforscht. Die Konjunktur dieses Themas, die sich ja nicht auf auf Einheimische und deutsche Besucher, sondern ebenso auf Touristen aus Europa erstreckt, hält seit inzwischen fast 20 Jahre an und führt zu ständig steigenden Besucherzahlen auch bei neu hinzugekommen Einrichtungen. Ein möglicher Grund könnte sein, dass sich gerade in Berlin als der Hauptstadt des Dritten Reiches und später als dem heißesten Punkt des Kalten Krieges europäische Zeitgeschichte bündelt. Die historische Herkunft aber ist in Zeiten der Globalisierung mehr denn je ein Faktor der Identitätsfindung geworden.

Im vergangenen September haben zwei weitere, direkt benachbarte Erinnerungsstätten eröffnet: das Panorama "Die Mauer" des Künstlers Yadegar Asisi auf dem Areal des früheren DDR-Ausländerübergangs Friedrichstraße, besser bekannt als "Checkpoint Charlie", und genau gegenüber die "Blackbox Kalter Krieg". Für beide neuen Einrichtungen gibt es noch keine aussagekräftigen Besucherzahlen.

Wenn der Senat zustimmt, könnte vielleicht noch in diesem Jahr ein weiterer bisher aber fast unbekannter authentischer Ort hinzukommen: Im früheren Ost-Berliner Polizeipräsidium in der Keibelstraße existiert noch der Anfang der 1950er-Jahre gebaute Zellentrakt. Genutzt werden kann dieser Flügel kaum; die Robert-Havemann-Gesellschaft hat ein Konzept für eine museale Nutzung erarbeitet. Ein echtes DDR-Gefängnis keine 150 Meter vom Alexanderplatz würde sicher viele zehntausend Interessierte anziehen.

*Berliner Morgenpost*, 19.01.13

SERIE LETTRES ET ARTS

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Wir suchen nach Gemeinsamkeiten

Konnten jene im Osten, die zur Wendezeit Jugendliche waren, nur Verlierer werden? Eine Spurensuche

*Sabine Rennefanz war 15, als die Mauer fiel. Was löst es aus bei einem Mädchen, wenn die Welt, wie es sie kannte, plötzlich verschwindet? Vor allem größte Unsicherheit. "Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration" heißt Rennefanz' neues Buch, das dies thematisiert. Sie reist zurück an die Orte von damals. Beschreibt, wie hilflos die Eltern waren. Wie sie, Rennefanz, Halt suchte in einer obskuren evangelikalischen Gemeinschaft – und ihn dadurch erst recht verlor. Eine Frage quält sie besonders: Wieso ihre Generation Menschen wie Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hervorbrachte, die Rechtsterroristen des « Nationalsozialistischen Untergrunds » (NSU).*

Als ich diese Zeilen schreibe, ist [...] ein Jahr vergangen, seitdem Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in einem Wohnwagen in Eisenach entdeckt wurden. Was ist seitdem passiert? Ein Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz trat zurück. Vier Untersuchungsausschüsse wurden eingerichtet. Eine echte Debatte, ein Nachdenken, wie Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zehn Jahre unerkannt mordend und raubend durchs Land ziehen konnten, schon gar nicht darüber, was sie zu Terroristen machte, hat nicht stattgefunden.

Ich weiß nicht, was ich erwartet habe. Ich weiß nur, dass das Drama um Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe mich nicht loslässt. Es hat mich aufgerüttelt und Erinnerungen geweckt an eine Zeit, die ich lange vergessen wollte, die mir unangenehm war. Doch es ist Teil meiner Geschichte, meiner Identität.

Jena ist der Ort, an dem alles begann. Hier wuchsen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe auf, und hier trafen sie sich nach der Wende in einem Jugendclub. Jena, eine ostdeutsche Stadt, die für immer in einem Atemzug mit dem NSU-Trio genannt werden wird. Dort will ich hin, um meine Reise in die Vergangenheit abzuschließen.

Ausgerechnet einer Wissenschaftlerin der Universität Jena ist bereits vor über zehn Jahren aufgefallen, dass die Wendekinder, die 1989 zwischen acht und 15 Jahre alt waren, sich nicht so entwickelten, wie sie sollten. Tanja Bürgel widersprach der damals gängigen These, dass mit der ersten in Freiheit erwachsenen Generation die Integration abgeschlossen ist. Sie erforscht seit Jahren die deutschen Generationen, die die großen Umbrüche durchlebt haben, den Ersten Weltkrieg, den Zweiten Weltkrieg, zuletzt die Wende. Die Reaktionen auf Zusammenbrüche seien immer ähnlich, erläutert sie in ihren Schriften. Sie entladen sich in neuen radikalen Bewegungen. Das sei nach dem Ersten Weltkrieg so gewesen, als die Kommunisten und Nationalsozialisten erstarkten, und das war zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg so, als in Westdeutschland die 68er-Bewegung und eine starke Neonazi-Szene entstand. Was für eine Generation würde der jüngste große Umbruch hervorbringen?

Sie interviewte Kinder und Jugendliche und stieß auf erstaunliche Muster. Im Unterschied zu den um 1970 Geborenen, die eine abgeschlossene Kindheit hatten, schon zu Hause ausgezogen waren und sofort die neuen Freiheiten ausnutzten, als die Mauer fiel, waren die

Jüngeren oft pessimistischer, fühlten sich heimatlos, ärgerten sich mehr. Eltern und andere Autoritäten waren entmachtet.

"Sie waren in die Welt geworfen, ohne eine Instanz zu haben, an der sie sich festhalten können", so beschreibt es Bürgel. Wir sitzen in einem Café, und es ist fast ein bisschen unheimlich. Ich kenne diese Frau erst seit fünf Minuten, sie könnte vom Alter her meine Mutter sein, und sie redet über mein Leben, als würde sie mich seit Ewigkeiten beobachten. Ich höre ihr gebannt zu. Ich begreife, dass das, was ich an mir und auch an Fällen wie bei Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe beobachtet habe, keine vereinzelt Schicksale sind, sondern Teil eines Phänomens, für das es nicht nur individuelle, sondern gesellschaftliche Ursachen gibt.

Es geht nicht darum, die Taten des NSU-Trios zu verharmlosen, es geht um die Jugendlichen, die abdrifteten und Halt in einem radikalen Weltbild suchten. Nicht bei allen fand das so extrem statt, aber viele erlebten Absetzbewegungen, Erschütterungen, Ausbrüche. Bei vielen klafft bis heute ein Loch in der Biografie. Manche suchten Halt in den festen Strukturen der Bundeswehr, die nächsten reisten um die Welt und wandten sich von der Zivilisation ab, wieder andere richteten ihre Aggressivität gegen sich selbst und wurden magersüchtig. Auch Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sieht Bürgel als Teil einer "verlorenen Generation".

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.2013*

SERIE LETTRES ET ARTS

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Energiewende ist mehr als nur Ökostrom

Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel am Montag in Berlin auf dem 4. Petersberger Klimadialog spricht, einem informellen Ministertreffen, wird sie vor hochrangigen Vertretern aus aller Welt nicht nur Fortschritte in der internationalen Klimapolitik anmahnen. Gemeinsam mit Umweltminister Peter Altmaier wird sie auch die deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz hervorheben und die Energiewende als klimapolitisch nachahmenswertes Vorbild präsentieren. Dies ist keineswegs nur die Position der Bundesregierung. Kanzlerin und Umweltminister artikulieren damit eine Haltung, die in Deutschland über alle politischen Lager hinweg geteilt wird.

Dass die Zahlen jedoch eine andere Sprache sprechen, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen zuletzt angestiegen sind statt zu fallen, dass es nicht genügt, die Erneuerbaren im Stromsektor rasant auszubauen, wird hierzulande gerne übersehen. Der selbst auferlegte Druck, dass Deutschland der Welt mit der Energiewende etwas beweisen müsse, hat in allen Parteien und selbst bei vielen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) den Willen zur Selbstkritik erlahmen lassen. Doch mit einem Übermaß an Selbstzufriedenheit ist dem internationalen Ansehen der Energiewende letztlich nicht gedient – im Gegenteil.

Selbstverständlich hat die Energiewende einige Erfolgsgeschichten zu bieten, doch diese bleiben auf einen einzigen Sektor beschränkt: der Stromerzeugung. Diese steht auch im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Der Atomausstieg geht relativ reibungslos vonstatten. Deutschland erzielte in den vergangenen Jahren einen Stromexportüberschuss. Und der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch lag im vergangenen Jahr bereits bei beeindruckenden 23 Prozent. Das von der Bundesregierung für 2020 gesetzte Ziel von 35 Prozent dürfte wohl deutlich übertroffen werden.

Das war es dann im Wesentlichen aber auch schon. Der bis 2020 geplante Anteil der Erneuerbaren am Gesamtenergieverbrauch, also inklusive Verkehr und Wärmesektor, wird zwar erreicht werden, liegt mit dann 18 Prozent aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt. Und bei einer Vielzahl der für 2020 gesetzten Energiewende-Ziele muss man schon jetzt feststellen, dass sie nicht erreicht werden können – sei es die Senkung des Energieverbrauchs, der Ausbau der Elektromobilität oder die Minderung der Treibhausgasemissionen.

Für die internationale Reputation der deutschen Energiewende ist vor allem die Entwicklung der Kohlendioxid-Emissionen von Bedeutung. Das ist global die einzig relevante Kennzahl. Dass es hier nicht zum Besten steht, ist bei all den Erfolgsmeldungen zum Ökostrom fast untergegangen, jedenfalls in der deutschen Öffentlichkeit. Im vergangenen Jahr sind die Treibhausgasemissionen insgesamt um 1,6 Prozent angewachsen, ohne dass Umwelt-NGO vernehmbar protestiert hätten. Selbst im Stromsektor gab es einen Anstieg der Emissionen, weil hier nicht nur die Erneuerbaren an Anteil gewonnen haben, sondern auch die Stein- und Braunkohle.

Selbst wenn es sich bei den Zahlen für 2012 nur um einen einmaligen Ausreißer handelt: Das Ziel zu erreichen, die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken, ist fast unmöglich – auch wenn alle Parteien es unterstützten und sämtliche Energiewendeszenarien darauf aufbauen. Zwar sind die Emissionen seit 1990 um eindrucksvolle 25,5 Prozent zurückgegangen, allerdings stark begünstigt durch den Zusammenbruch der Industrie in Ostdeutschland nach der Wende.

[...] Seriöse Studien kommen zu dem Ergebnis, dass mit den bestehenden Maßnahmen bis 2020 eine Gesamtreduktion von 30 bis 35 Prozent möglich ist. Dies wäre im globalen Vergleich zwar immer noch beachtlich. Doch die prägende Schlagzeile wird lauten: "Deutschland verfehlt sein Klimaziel" – ein für die Energiewende verheerendes Signal!

Betrachtet man den rechtlichen Rahmen deutscher Klimapolitik, so ist das 40 Prozent-Ziel ohnehin nur deklaratorischer Natur. Rechtlich bindend sind nur die Minderungsverpflichtungen im Rahmen der EU-Klimapolitik, die sich bis 2020 auf lediglich etwa 33 Prozent belaufen. Selbstverständlich könnte Deutschland jederzeit zusätzliche Maßnahmen zum Klimaschutz beschließen. Doch weil Kraftwerke und große Industrieanlagen in den grenzüberschreitend regulierten EU-Emissionshandel eingebunden sind, ist der Spielraum für nationales Handeln hier nur gering.

Es bleiben deshalb nur solche Bereiche, die das klimapolitische Vorreiter-Bewusstsein der heimischen Wahlbevölkerung auf eine harte Probe stellen würden. Das gilt etwa für den Gebäude- und Verkehrssektor. Wahrscheinlicher ist es, dass die nächste oder übernächste Bundesregierung das 40 Prozent-Ziel aufgeben und durch ein überaus ehrgeiziges Klimaziel für 2030 ersetzen wird.

Wenn Deutschland sein internationales Vorreiter-Image nicht gefährden und die Energiewende als globales Erfolgsmodell präsentieren will, kann es sich nicht länger nur auf den Ausbau der Erneuerbaren im Stromsektor verlassen oder stoisch auf die jeweils beschlossenen Mittel- bis Langfristziele verweisen. Es sind nicht mehr nur unsere Pläne, die weltweit Eindruck machen, sondern auch das Maß, in dem wir diese Pläne umsetzen.

Oliver Geden, *Die Zeit*, 06.05.2013

SERIE LETTRES ET ARTS

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

## Ist das Böse wirklich banal?

Die Filmregisseurin Margarethe von Trotta huldigt der Philosophin Hannah Arendt – und verschleiern ihre Irrtümer.

Es ist unnötig, Hannah Arendt zu rühmen, aber es ist unerlässlich, immer wieder an sie zu erinnern. Sie war vieles gleichzeitig: eine politische Theoretikerin von Rang, die ein Schlüsselwerk der Totalitarismus-Analyse verfasst hat. Sie war eine begnadete politische Intellektuelle, eine furchtlose Kämpferin, die keine Rücksicht nahm, am wenigsten auf sich selbst. Wer ihre Bücher liest, für den bekommt das Wort Freiheit einen neuen Klang.

Die Regisseurin Margarethe von Trotta setzt der Philosophin nun ein Denkmal. Sie hat dabei keine Episoden aneinandergeliebt oder gar als Zwangsabgabe an den medialen Trend (»Philosophie zum Anfassen!«) Arendts Affäre mit dem verheirateten Katholiken Martin Heidegger wiederaufbereitet. All das nicht. Von Trotta hat einen der größten Skandale der Nachkriegszeit verfilmt, den weltweiten Aufruhr um Arendts Buch *Eichmann in Jerusalem – Ein Bericht von der Banalität des Bösen*. Ihre zuerst im *New Yorker* erschienene Reportage löste unter den Intellektuellen einen Bürgerkrieg aus; die Überlebenden der Vernichtungslager empfanden die Formel von der »Banalität des Bösen« als zweite, symbolische Ermordung, ausgerechnet durch die Jüdin Hannah Arendt.

Der Film beginnt 1960 mit dem Kidnapping Eichmanns durch den israelischen Geheimdienst in Argentinien, dann sieht man Hannah Arendt (Barbara Sukowa) in ihrer New Yorker Wohnung, jenem Schicksal entronnen, das Eichmann, der perfid einfallreiche Organisator der Judendeportationen, für sie vorgesehen hatte. [...]

Als William Shawn (Nicholas Woodeson), Herausgeber des *New Yorker*, anfragt, ob sie vom Eichmann-Prozess berichten wolle, sagt Arendt sofort zu. Sie reist nach Jerusalem und ist verblüfft, dass ihr in Eichmann kein Ungeheuer begegnet, sondern ein aschgrauer Bürokrat; keine Bestie, sondern ein gedankenloser Vollstrecker von obszöner Gewöhnlichkeit. Das Böse sei »radikal«, hatte sie bislang geschrieben, doch als sie Eichmann im Glaskasten sitzen sieht, ändert sie ihre Meinung: »Das Böse ist immer nur extrem, aber niemals radikal, es hat keine Tiefe, auch keine Dämonie.« Einen »Hanswurst« nennt sie den Angeklagten, zuweilen findet sie ihn sogar komisch und muss beim Lesen der Verhörprotokolle laut lachen. Eichmann sei »nicht Richard III.«; er ist ein moralisch deformierter Mensch ohne Vorstellungskraft – er verkörpert das moderne Böse, und dieses Böse ist banal. Als sei dies nicht genug der Provokation, wirft Arendt den Judenräten vor, sie hätten mit den Nazis kollaboriert und ohne ihre Feigheit wären nicht so viele Juden umgekommen. »Es gab keine Möglichkeit des Widerstands, aber es gab die Möglichkeit, nichts zu tun.«

Ob sie das alles veröffentlichen wolle, fragt Shawn besorgt, aber Hannah Arendt hat nichts zurückzunehmen. Der Sturm bricht los, die Freundschaft mit Hans Jonas (Ulrich Noethen) zerbricht, auch der Zionist Kurt Blumenfeld, ihr alter politischer Mentor und väterlicher Freund (Michael Degen), wendet sich ab und stirbt unversöhnt. Fortan hat die Philosophin die Welt zum Feind, und selbst ihre große Verteidigungsrede an der Columbia-Universität kann das Blatt nicht mehr wenden. [...]

Von Trotta macht aus ihrer Heldin keine Madonna des philosophisch erleuchteten Herzens. Doch Barbara Sukowa spielt die Figur so eindringlich, dass ihre Argumente zuverlässig mit

der Aura ihrer Person verschmelzen, das heißt: Arendt hat stets recht, und wer so tapfer einer Hexenjagd standhält, der muss die Wahrheit auf seiner Seite haben.

Aber so war es ja nicht. Arendts Rede von der »Banalität des Bösen« war eine Provokation, die von den Überlebenden falsch verstanden werden musste. »Herzlos« sei ihr Ton, schrieb ihr ein erbitterter Gershom Scholem, so dürfe man über die Barbarei nicht reden. Auch Arendts These selbst steht auf tönernen Füßen. Sie hat zwar mit genialem Gespür eine historisch neue Gestalt des Bösen beschrieben, die systemische, gleichsam überpersönliche Verbindung aus bürokratischem Kalkül und millionenfacher Vernichtung. Doch Eichmann war dafür das falsche Beispiel. Nach allem, was die Forschung ans Licht gebracht hat, war er kein beflissener, »erschreckend normaler« Verwaltungstäter, kein Rädchen im Getriebe. David Cesaranis Eichmann-Buch (Propyläen-Verlag) oder Bettina Stangneths Studie *Eichmann vor Jerusalem* zeigen, dass der Verwaltungsmassenmörder vor Gericht eine »perfide Show« abzog. [...] In einem berüchtigten, noch in Argentinien geführten Interview bedauerte er es sogar, sein Ziel verfehlt und nicht zehn Millionen Juden umgebracht zu haben.

So geht die prekäre Phrase von der Banalität des Bösen unangefochten aus dem Film hervor, als gäbe es im Fall Eichmann nicht längst einen überwältigenden Zweifel an ihrer Wahrheit.

Thomas Assheuer, *Die Zeit*, 10.1.2013

SERIE LETTRES ET ARTS  
ANALYSE LV1  
TEXTE  
HORS PROGRAMME

## Hollande auf Schmusekurs

Was für ein nettes Paar: Als Angela Merkel und François Hollande am Donnerstagabend im Élysée vor die Presse treten, verbreiten sie die Anmutung gegenseitiger Wertschätzung. [...]

Das Arbeitsdinner hat noch nicht angefangen, da übertreffen sich die beiden Politiker mit Bekenntnissen zur verbesserten Zusammenarbeit: Bankenunion, Steueranpassung, Mindestlöhne und einen hauptamtlichen Präsidenten für die Lenkung der Euro-Zone. Alles im Sinne von "Solidarität und Verantwortung", sagt Hollande, "für mehr Vertrauen in Europa, jetzt wo die Arbeitslosigkeit einen Höchststand erreicht hat."

Auch das Papier zur "Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit", vorgelegt vom deutsch-französischen Manager-Tandem Gerhard Cromme und Jean-Louis Beffa, preisen beide als "gemeinsame Initiative", die beim nächsten EU-Gipfel am 27. und 28. Juni den Leitfaden abgeben soll. Das Konvolut umfasst drei Dutzend ambitionierter Vorschläge zur Anpassung von Energie- und Investitions- und Fiskalpolitik - das erste Mal, immerhin, seit der Wahl von Hollande vor einem Jahr, dass Präsident und Kanzlerin mit einem deutsch-französischen Vorschlag anreisen.

### "Meistens sind wir uns einig"

Ein Signal, eine Wende? Jedenfalls bemüht sich der Präsident nach monatelangen Misstönen um eine deutsch-französische Entente. Nach dem "New Deal" gegen die Jugendarbeitslosigkeit jetzt die Rezepte zur Ankurbelung der Wirtschaft. Der "Ruck" ist überfällig, zumal nicht nur Altkanzler Helmut Schmidt und Ex-Präsident Giscard d'Estaing gerade vor einer Krise der "europäischen Institutionen" gewarnt hatten; auch EU-Energiekommissar Günther Oettinger bewertete die Gemeinschaft als beinahe unregierbaren "Sanierungsfall".

Bei so viel Kritik ist Zusammenrücken angesagt, schon um die gemeinsame Vormachtstellung innerhalb von EU und Euro-Land zu erhalten. Statt der "freundlichen Spannung", mit der Hollande bisher das bilaterale Verhältnis charakterisierte, geht der Staatschef gegenüber der Deutschen neuerdings auf Schmusekurs: "Meistens", sagt Hollande, "sind wir uns einig."

Den Kurswechsel zur Annäherung machte Hollande mit seiner Ansprache zum 150. Geburtstag der SPD in Leipzig. Die fulminante Ode des Franzosen auf die "Agenda 2010" wurde in Paris als sozialdemokratisches Coming-out des Präsidenten gewertet. "Fortschritt bedeutet, auch mutige Reformen anzugehen, um die Beschäftigung zu sichern und soziale und kulturelle Veränderungen vorwegzunehmen, so wie es Gerhard Schröder gemacht hat", lobte der Franzose.

Hollandes Hymne auf die drastischen Reformen des Ex-Kanzlers richtete sich dabei nicht nur an die Gastgeber. Vielleicht ist dem Franzosen klar, dass Merkel auch nach den Wahlen im September im Amt bleiben dürfte. Sein Bekenntnis zur Wirkung der kontroversen SPD-Agenda verband er auch mit einer Verbeugung vor der Kanzlerin. "Das hat ihrem Land erlaubt, heute einen Vorsprung vor den anderen zu haben."

### Bittere Brüsseler Medizin

Trotz öffentlich vorgetragener Elogen und der am Abend inszenierten Übereinstimmung: Die grundsätzlichen Gegensätze bestehen weiter. Ob Bankenunion oder Zypern-Rettung, die Rolle der Europäischen Zentralbank oder die Ausgabe von Euro-Bonds: Frankreich betrachtet das Beharren auf Sparen und Austerität als deutsches Diktat, vorgetragen mit der Inbrunst eines

religiösen Dogmas - mit der Folge, dass die Rezession weitergeht, die Arbeitslosigkeit explodiert.

Entsprechend entrüstet reagierte Hollande auf die "Empfehlungen" der EU-Kommission, die Frankreich präzise und radikale Richtlinien zur Sanierung seiner Staatsfinanzen vorgab - darunter die Reform des Rentensystems. "Die Kommission hat uns nicht vorzuschreiben, was wir zu machen haben", erklärte der Präsident und sorgte in Deutschlands Regierungskoalition prompt für neuen Ärger. Unionspolitiker forderten umgehend einen härteren Umgang der EU mit Paris. Am Donnerstagabend klingt der Franzose bereits konzilianter, verspricht Respekt gegenüber Brüssels Auflagen, aber grenzt sich auch ab: "Das Detail, die Prozeduren betreffen aber die Verantwortung des Staats. Sonst gibt es keine Souveränität."

Tatsächlich bleibt Hollande kaum eine andere Wahl, als die bittere Brüsseler Medizin zu schlucken. Denn der zweijährige Aufschub in Sachen Defizit und Schuldendienst gemäß den Maastricht-Kriterien ist direkt an konkrete Auflagen gekoppelt. Und der Franzose kommt weiter unter Druck.

Während der Pressekonferenz mit der deutschen Kanzlerin veröffentlichte die nationale Statistikbehörde Insee eine neue Hiobsbotschaft zur Arbeitslosigkeit: Mit knapp 40.000 weiteren Franzosen ohne Job übertrifft die Zahl die Rekordmarke des Vormonats und erreichte rund 3,3 Millionen - 12,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Hollande räumt ein: "Die Zeit drängt."

Stefan Simons, *Spiegel Online*, 30.5.2013

SERIE LETTRES ET ARTS

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

ENS DE LYON - Concours Sciences humaines - Session 2013

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

## ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

### **Deutschland und Frankreich müssen auf Augenhöhe sein**

*Der Fokus auf die EU-Schuldenkrise hat das Verhältnis zwischen Berlin und Paris gestört. Dagegen hilft eine bessere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.*

Es läuft nicht gut zwischen Deutschland und Frankreich. Beide Länder liegen in zahlreichen europäischen Zukunftsfragen weit auseinander. Das ist gerade jetzt, wo das europäische Projekt an einem Scheideweg steht, besorgniserregend. Zweifellos ist die Bilanz der Beziehungen zum fünfzigjährigen Bestehen des Élysée-Vertrags positiv : Kein anderes Staatenpaar ist so eng verbandelt wie Deutschland und Frankreich. Berlin und Paris haben weite Teile des europäischen Einigungsprozesses vorangetrieben und konnten auch bilateral immer wieder Kompromisse finden.

Heute jedoch bringt der anhaltende Fokus der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf Wirtschafts- und Haushaltsfragen – als Folge der EU-Verschuldungskrise – das Verhältnis der beiden Staaten in eine Schiefelage. Er beeinträchtigt Deutschland und Frankreich in ihrer Motorfunktion, die Europa dringend benötigt. Hinzukommt die wirtschaftliche Schwäche Frankreichs, die dazu führt, dass sich beide Länder nicht länger auf Augenhöhe begegnen und sich die Gewichte in den deutsch-französischen Beziehungen dauerhaft verändern können. Ende November 2012 hat eine zweite Rating-Agentur die Bonität Frankreichs binnen eines Jahres herabgestuft und im gleichen Zug den europäischen Rettungsschirmen ESM und EFSF ihre Spitzenbonität entzogen.

Seit den Anfängen der europäischen Integration sind beide Länder mit unterschiedlichen Machtattributen ausgestattet : Deutschland über seine starke, exportorientierte Wirtschaft, Frankreich über eine ambitionierte Außenpolitik, wie der Einsatz nach Mali gerade zeigt. Das Ausklammern außen- und sicherheitspolitischer Themen aus der gegenwärtigen europäischen Diskussion relativiert den Führungsanspruch Frankreichs in der EU – und stellt seine strukturelle wirtschaftliche Schwäche stärker denn je zur Schau. Der Vergleich mit Deutschland, das sein Wirtschaftsmodell durch die Krise bestätigt sieht, ist für Frankreich

demütigend. Die Suche von Präsident François Hollande nach neuen Bündnissen seit seiner Wahl im Mai 2012 lassen sich zum großen Teil aus diesem Unmut erklären. Obgleich Berlin gegenwärtig besser dasteht als Paris, kann diese Entwicklung nicht im Interesse Deutschlands sein. Für die Bewältigung der Schuldenkrise, aber auch angesichts vieler weiterer Zukunftsfragen braucht Berlin einen zuverlässigen und selbstbewussten Partner an seiner Seite. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist weiterhin alternativlos. Sicher muss Frankreich seine Wirtschaftsprobleme in den Griff bekommen. Doch es wird auf Unterstützung angewiesen sein, auch aus Deutschland. Hinter Hollandes Zauberwort der "solidarischen Integration" stecken Vorschläge, die einen Gedankenaustausch wert sind, etwa die teilweise Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung.

Um Frankreich den Stellenwert eines gleichwertigen Partners zurückzugeben, ist auch die Bereitschaft Deutschlands, die bilaterale Zusammenarbeit wieder auf mehr Politikfelder auszuweiten, entscheidend. Dazu könnte eine intensivere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik beitragen. In dieser Hinsicht ist Mali der nächste große Test. Allerdings kann sich dabei die deutsche Unterstützung auf die Lieferung von zwei Transportflugzeugen nicht beschränken. Berlin muss deutlich machen, dass es ihm ernst ist mit der grenzüberschreitenden Partnerschaft. Dies kann nur gelingen, wenn es weitreichende Initiativen für den Europäischen Rat im Dezember 2013 formuliert. Berlin und Paris könnten die Einführung eines Europäischen Verteidigungssemesters vorschlagen. Analog zum Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik könnte dieses Instrument die Haushaltsdisziplin im Verteidigungsbereich sicherstellen. Zudem könnte es frühzeitig Überschneidungen der Mitgliedstaaten identifizieren und diese sinnvoll zusammenführen. Ein weiterer Meilenstein könnte ein gemeinsamer Vorschlag zur Ernennung eines EU-Kommissars für Verteidigungspolitik sein. Zudem sollten Berlin und Paris konkrete Initiativen zur "Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit" in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik formulieren. Sie sollten Schritte bestimmen, die den Weg zu einer europäischen Armee öffnen und damit der zuletzt von Bundeskanzlerin Angela Merkel formulierten Vision sicherheits- und verteidigungspolitischer Integration Glaubwürdigkeit verleihen.

Die Machtposition, die Deutschland innerhalb der EU durch die Verschuldungskrise gewonnen hat, kann schnell unbequem werden – auch für Deutschland selbst. Dass die Deutschen bei ihren europäischen Partnern Überzeugungsarbeit leisten wollen, ist legitim und wünschenswert. Dabei dürfen sie aber nicht vernachlässigen, ihnen auch zuzuhören und sie einzubeziehen. Dies gilt insbesondere für den alten Partner Frankreich. Zu einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe gehört die Bereitschaft zu Kompromissen und auch ein gewisses Maß an Demut.

Claire Demesmay und Ronja Kempin  
*Die Zeit*, 22.01.2013

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

**ANALYSE ET COMMENTAIRE**

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

**Deutsch-französische Beziehungen - Den Schirm teilen sie nicht**

*Sein Vorgänger war ihm viel zu stark mit Angela Merkel verbunden. Darum scheut François Hollande die Nähe zur Kanzlerin. Nun ziehen beide zum ersten Mal mit gemeinsamen Plänen nach Brüssel.*

Wo ist die Frau geblieben, der die französische Regierungspartei noch vor kurzem „egoistische Unnachgiebigkeit“ vorgehalten hatte? Im großen Festsaal des Elysée-Palastes steht eine Bundeskanzlerin, die so gar nicht mehr ins Bild von der sturen Buchhalterin passen will, das in Frankreich von ihr gezeichnet wird. Sie kichert, weil sie den französischen Präsidenten gerade François Mitterrand genannt hat. Auch François Hollande findet diesen Versprecher höchst amüsant, aber gewiss aus anderen Gründen. Hollande ist in der Gunst seiner Landsleute so tief gesunken wie keiner seiner Vorgänger. Deshalb freut er sich immer riesig, wenn er sich erhöht fühlen darf. Und Mitterrand stellt eine solche Erhöhung dar, weil die Franzosen in der Rückschau die Verfehlungen verdrängt haben. Sie verklären den ersten sozialistischen Präsidenten als sozialen Wohltäter und europäischen Visionär. Der zweite sozialistische Präsident, François Hollande, weiß inzwischen aber, dass er es zumindest während dieser Amtszeit nicht zum sozialen Wohltäter schaffen wird.

Die schwere Wirtschaftskrise mit täglich neuen Arbeitslosen und der immer schwierigeren Kassenlage hindert ihn daran. Deshalb hat sich Hollande auf das europäische Erbe seines illustren Vorvorgängers Mitterrand besonnen. Er hat den betagten Jacques Delors besucht und mit dessen Zöglingen diskutiert, mit Pascal Lamy und Jean-Pierre Jouyet. Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, wurde so etwas wie ein Hausgast mit Serviettenring im Elysée-Palast. Dort im Festsaal offenbarte der Präsident vor mehr als 300 geladenen Journalisten seine europäische Wende. Er griff das Lieblingsthema Delors' auf, das diesen seit Beginn der Währungsunion nicht in Ruhe lässt: Die Eurozone brauche ein zweites Standbein neben der Europäischen Zentralbank, eine Wirtschaftsregierung mit einem Vollzeitpräsidenten. Das war am 16. Mai.

Jetzt, gute zwei Wochen später, steht Hollande wieder im Festsaal des Elysée-Palastes, dieses Mal an der Seite von Bundeskanzlerin Merkel. Sie vermeidet tunlichst das Wort von der Wirtschaftsregierung, und auch Hollande spricht es nicht aus. Aber trotzdem ist es ein kleiner Triumph für ihn, hier in Paris ankündigen zu können, dass Deutschland und Frankreich der Eurozone einen „Vollzeitpräsidenten“ geben wollen. Das steht auch in dem „Papier“, das sie an die anderen EU-Staats- und -Regierungschefs richten, mit Blick auf den EU-Gipfel Ende Juni. Es ist überhaupt das erste Mal seit dem Amtsantritt des Sozialisten im Mai 2012, dass die beiden mit einer gemeinsamen Position nach Brüssel ziehen. Zu Anfang hatte sich Hollande sogar geziert, sich „unter vier Augen“ mit der Bundeskanzlerin auf die Gipfelrunden vorzubereiten. „Merkozy“ war ihm ein Albtraum. So wollte er es nicht machen. Hält er sich noch daran?

Längst schon gibt es die Stelldichens vor den Gipfeltreffen wieder, gefällt sich auch Hollande darin, so etwas wie ein „Beiprogramm“ zu organisieren. Noch hat er Angela Merkel nicht in die Corrèze, seine Wahlheimat, eingeladen, aber immerhin ist er mit ihr durch den Louvre geschlendert. Für die Kameras aber will er nicht zu viel Nähe. Zwei Regenschirme, einen für die Kanzlerin, einen für den Präsidenten, zeigen die Fernsehbilder aus dem Innenhof des Elysée-Palastes. Sarkozy und Merkel hatten sich damals einen Schirm geteilt.

Hollande will in der Krise, die nicht vergehen will, so viel wie möglich von Frankreichs Glanz bewahren. Deshalb herrscht er die EU-Kommission an, die Frankreich wie allen anderen Mitgliedsländern Empfehlungen zu wichtigen Reformen übermittelt hat. „Non, merci“, der französische Präsident verzichtet auf dergleichen Belehrungen, „wir lassen uns nicht diktieren, was wir zu tun haben“, sagt er. Zugleich aber profiliert er sich als Gestalter Europas. Das geht nur mit der Bundeskanzlerin. Den Widerspruch will Hollande nicht erkennen. Er will Europa formen, aber keine Kompetenzen abgeben. Er will eine Führungsrolle, aber keinen Souveränitätsverzicht. Er hat den europäischen Fiskalpakt gegen große Widerstände in seiner Partei ratifiziert. Jetzt aber behagt es ihm nicht, dass ihm die europäischen Partner und die Kommission in die Bücher schauen wollen.

Er hat in Leipzig lobende Worte für die „mutigen Reformen“ Gerhard Schröders gefunden. Zurück in Paris lässt er durchblicken, dass dies nur eine Höflichkeitsadresse war. Er habe Schröder ja nicht übergehen können, immerhin habe der auf einem Ehrenplatz gesessen. Aber von der Agenda 2010 will Hollande weiterhin nichts wissen. „Welcher Weg der richtige ist, entscheidet Frankreich allein, ganz allein“, sagt Hollande. Manchmal lädt er sich die Kanzlerin als Wegbegleiterin ein.

Michaela Wiegel  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung* - 01.06.2013

ENS DE LYON - Concours Sciences humaines - Session 2013

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

## ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

### Ernstfall in Mali

*Die Bundesregierung will sich aus militärischen Konflikten am liebsten raushalten. Auf die Dauer geht das nicht.*

Inniger geht's nimmer. Angela Merkel sagt Du zu François Hollande, anlässlich gemeinsamer Beschwörung der deutsch-französischen Freundschaft vor Jugendlichen im Kanzleramt. Berlin und Paris, lautete die Botschaft der Élysée-Vertrags-Feierlichkeiten, bleiben auch nach 50 Jahren all dies : der Motor, das Tandem, das *couple* Europas. Wie schön. Zur selben Zeit kämpfen über 2.000 französische Soldaten in Mali ganz allein auch für europäische Sicherheitsinteressen. Wie unschön.

Frankreichs Streitkräfte versuchen nach einem Hilferuf der malischen Regierung, den Vormarsch von Islamisten aus dem Norden des Landes zu stoppen. Die Bundesregierung hat zwei Transportflieger geschickt, um Soldaten aus den Nachbarländern nach Mali zu fliegen. 2.000 Soldaten aus Frankreich und zwei Transall-Maschinen aus Deutschland – dieses Ungleichgewicht kann zweierlei bedeuten: Entweder ist François Hollande ein Hitzkopf, der keine Ahnung hat, worauf er sich da einlässt. Oder die Regierung Merkel kann sich nicht dazu durchringen, einen Krieg mitzukämpfen, der auch aus deutscher Sicht legitim und richtig ist. Der Sozialist Hollande hat, so viel steht fest, bisher keinen ausgeprägten Ruf als Bellizist.

Natürlich kann es klug sein, einen Krieg selbst dann nicht zu führen, wenn er beides ist, legitim und richtig. Dann etwa, wenn die Folgen der Intervention schlimmer auszufallen drohen als die Folgen des Nichtstuns. Syrien ist ein solcher Fall; dort ist die Lage nach zwei Jahren Bürgerkrieg völlig entfesselt. In Mali ist die Lage (noch!) anders: Schätzungsweise 1.200 islamistische Milizionäre, Tuareg und frustrierte junge Malier haben sich zum Ziel gesetzt, einen Schariastaat zu errichten, um ungestört ihren kriminellen Geschäften nachgehen zu können. Dazu gehören Drogen- und Menschenschmuggel, Geiselnahmen und Terror. Flüchtlinge aus Nordmali berichten von Strafamputationen und Erschießungen; einige Salafisten drohen mit Anschlägen in Europa. Nur eine Ländergrenze vom Mittelmeer entfernt, versucht eine religiös-fanatische Mafia, die den Westen hasst, sich einen Herrschaftsbereich zu sichern. Welche Bedrohungen aus einer Allianz afrikanischer Taliban erwachsen können, führte das Mörderkommando in der algerischen Gasförderanlage In Amenas vor Augen.

Der deutsche Außenminister unterstützt folgerichtig mit großer rhetorischer Entschlossenheit (»Mali darf keine Heimstatt des Weltterrorismus werden«) das Eingreifen der Franzosen. Bloß, wenn das alles so ist, wenn es um die Verhinderung einer handfesten Bedrohung für Europa geht, um Menschenrechte, und wenn der UN-Sicherheitsrat die Intervention einhellig begrüßt, warum schließt derselbe Guido Westerwelle dann den Einsatz deutscher Kampftruppen kategorisch aus? Natürlich ist die Ausschließerei bei ihm immer der erste Reflex, weil er weiß, dass die große Mehrheit der Deutschen keine neuen Bundeswehreinätze will. Aber erstens kann das für eine weitsichtige Außenpolitik nicht das einzige Kriterium sein. Und zweitens sollte die Bundesregierung dann keine europäische Sicherheitspolitik mehr anpreisen. Die britische Regierung reagiert genau umgekehrt: Eben weil sie in Afrika eine ähnliche Entwicklung befürchtet wie im Afghanistan der neunziger Jahre, schließt sie gar nichts aus. Jetzt, nicht später, besteht die beste Chance, einen größeren, womöglich langwierigen Krieg zu verhindern. Dabei sollte Deutschland helfen.

Sicher, man darf Sorge haben vor einer Entgrenzung des Einsatzes in Mali. Das Konfliktgebiet ist so groß wie Texas; ähnlich wie in Afghanistan kann es passieren, dass man die Gegner zwar immer wieder zurückschlägt, aber eben kaum je schlägt. Kriegsverläufe sind nicht vorhersehbar. Doch wer sich davon lähmen lässt, wer an militärischen Missionen nicht auch die Herausforderung akzeptiert, Ungewissheiten zu bewältigen, der möge seine Streitkräfte ehrlicher Weise von jedem Auslandseinsatz abmelden. Man kann das machen. Die bündnisfreie Schweiz tut es. Liechtenstein hat seine Armee 1868 ganz aufgelöst.

Viele europäische Nachbarn erwarten von Deutschland ein anderes Selbstverständnis, mehr noch – ein neues Selbstbewusstsein. Deutschland ist nicht die Schweiz der EU, es ist Europas »unverzichtbare Nation«, wie es unlängst der polnische Außenminister Radek Sikorski formulierte. Sein ehemaliger französischer Amtskollege Hubert Védrine fragt beinahe verzweifelt, warum es Deutschland nicht endlich akzeptiere, »auch in anderen Bereichen« als auf dem Feld der Euro-Rettung eine angemessene Rolle zu spielen: »Es kann doch nicht darin verharren, seine Geschichte zu bewältigen.«

Als Deutschland und Frankreich 1963 ihren Freundschaftsvertrag abschlossen, tat Charles de Gaulle das mit der Absicht, ein »europäisches Europa« zu schaffen: eines, das militärisch unabhängig sein sollte von Amerika. Daraus wurde nichts, weil die Deutschen im Kalten Krieg auf den Schutzschirm der USA setzten. Diesen Schutzschirm ziehen die USA nun zurück. Ein »europäisches Europa« ist damit so notwendig wie nie. Ohne Deutschland allerdings wird aus der EU niemals eine ernsthafte, selbstständige Ordnungsmacht werden.  
*Alors, amie!*

Jochen Bittner  
*Die Zeit*, 31.01.2013

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

**ANALYSE ET COMMENTAIRE**

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

**Das Europa-Projekt: Teutonen gegen Lateiner?**

*Weniger als die Hälfte der Europäer hat noch Vertrauen in die EU, so eine aktuelle Umfrage. Es sieht so aus, als habe die Krise den Bürgern die Lust auf Europa verdorben. Doch ganz so einfach ist es nicht.*

Jetzt, wo die Krise da ist, wo es im europäischen Gebäck knirscht und kracht, sind viele der Meinung, dass die Währungsunion schon immer eine schlechte Idee war. Die Einführung des Euro sei kein ökonomisches, sondern ein rein politisches Projekt gewesen, so das Argument. Das Ziel variiert je nach Erzählweise: Entweder sollte das wiedervereinigte Deutschland an die europäische Kette gelegt werden. Oder umgekehrt: Deutschland wollte den Euro, um so die europäischen Nachbarn unter seine Knute zu bringen.

Beides Mythen, beides falsch, sagt Harold James, britischer Historiker an der US-Universität Princeton, der den langen Prozess der Euro-Einführung untersucht hat. James sieht den Euro als Reaktion auf die starken Wechselkursschwankungen seit den 1970er Jahren. "Man hat gesagt: Wenn schon die Welt nicht stabil werden kann, dann kann zumindest Europa stabil werden, mit einer unabhängigen Notenbank", so James gegenüber der DW. "Das war dann auch die Voraussetzung für den Stabilitätsgedanken." Der Stabilitätsgedanke fand seinen Ausdruck in den Maastricht-Kriterien, die klare Obergrenzen für Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung der Euroländer vorgaben. Allerdings haben sich viele Länder nicht daran gehalten - auch Deutschland und Frankreich nicht.

Gleichzeitig trieb die Europäische Kommission das wirtschaftliche Zusammenwachsen voran. Ziel war und ist es, dass in allen Euroländern die gleichen Regeln gelten. "Für den Binnenmarkt ist es ja ganz vernünftig, gleiche Bedingungen für alle zu erzeugen", so der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen von der Universität Bielefeld gegenüber der DW. "Das steht aber in einem Konflikt mit der Tatsache, dass die Wirtschaftskulturen in Europa unterschiedlicher Art sind. Das heißt, was für die einen gut ist, ist für die anderen eher schlecht." Hinter unterschiedlichen Wirtschaftskulturen stehen für Abelshausen nicht Stereotype wie Fleiß oder Pünktlichkeit, sondern über einen langen Zeitraum gewachsene

Strukturen. So sei es ein Unterschied, ob mittelständische Betriebe das Rückgrat der Wirtschaft bilden oder Großkonzerne. Und es mache auch einen Unterschied, ob es ein staatliches Gesundheits- und Rentensystem gibt oder nur private Vorsorge.

"In den USA haben wir keinen Sozialstaat. Das heißt, die Rentenanwartschaften müssen am Kapitalmarkt platziert und verwaltet werden", so Abelshauser. "Das sind 35 Billionen Euro, die da Anlage suchen." Die Pensionsfonds und Versicherungen, die diese Summe verwalten, disponieren sehr kurzfristig, denn sie stehen im ständigen Wettbewerb um das Vertrauen der Anleger. "Diese Kunden wollen sie jedes Vierteljahr mit neuen, noch besseren Zahlen beeindrucken. Das führt dazu, dass die Regeln am Kapitalmarkt sehr kurzfristig werden", so Abelshauser. Das aber passe nicht zur deutschen Wirtschaftskultur. Hier gebe es rund sieben Billionen Euro an staatlichen Rentenanwartschaften, die überhaupt nicht auf dem Kapitalmarkt wirksam werden. Und für die meist mittelständischen deutschen Unternehmen wäre es besser, wenn der Kapitalmarkt längerfristige Perspektiven bieten würde, also etwa zehn Jahre statt ein Vierteljahr. "Aber genau das macht der Kapitalmarkt nicht", sagt Abelshauser. "Und so haben die deutschen kleinen und mittleren Unternehmen ein Problem mit den Regeln des Kapitalmarktes, die sich an den Bedürfnissen der angloamerikanischen Kundschaft orientieren."

[...]

Vielleicht auch deshalb glauben viele Europäer laut einer Umfrage des Pew Research Center, dass ihnen das Zusammenwachsen Europas eher Nachteile gebracht hat. Nicht einmal jeder Dritte wünscht sich eine stärkere wirtschaftliche Integration in der Europäischen Union. Für Werner Abelshauser wäre sogar ein Scheitern des Euro kein Drama. Feste, aber anpassbare Wechselkurse seien für Europa besser geeignet, so der deutsche Wirtschaftshistoriker. Sein britischer Kollege Harold James sagt dagegen, der Euro müsse erhalten werden, denn es sei schon zu viel in die gemeinsame Währung investiert worden. Im Übrigen rät er zur Gelassenheit. "Die Debatten ähneln sich über lange historische Zeiträume", so James. "Man kann fast wörtlich Zitate aus den 60er oder 70er Jahren übernehmen. Schon damals haben Franzosen oder Italiener immer gesagt, Deutschland solle eine expansivere Politik machen und eine Lokomotive für die europäische Wirtschaft sein."

James verweist auch auf ein Zitat des britischen Ökonomen Walter Bagehot. Der Herausgeber des Magazins "The Economist" schrieb schon 1869 über mögliche Folgen eines europäischen Zusammenwachsens. Eine Gemeinschaftswährung für ganz Europa schien ihm nicht realistisch. Bagehot glaubte an den Wettbewerb zweier Währungen: hier das harte Geld der "teutonischen" Nordeuropäer, dort die Weichwährung der südlichen, "lateinischen" Staaten. Bagehots polemisches Fazit klingt heute, fast 150 Jahre später, seltsam aktuell: "Angesichts der kaufmännischen Aktivität der Teutonen und der relativen Schlawheit der lateinischen Völker würde das teutonische Geld sicher bevorzugt."

Andreas Becker  
*Deutsche Welle*  
www.dw.de / 16.06.2013

**Epreuve d'admission : Langue vivante – Allemand**

**ANALYSE ET COMMENTAIRE**

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

**Frauen an der Macht**

*Sie werden immer mehr - Wie weiblich wird's noch*

Lange waren Frauen eine Mehrheit, die wie eine Minderheit behandelt wurde. Die Zeiten sind vorbei – sie geben nun den Ton an. Irgendwie hat man das Wort »Frau« in diesem Jahr öfter gehört und gelesen als je zuvor. Wenn man die Wörter Quote, Gender sowie das Suffix -in beziehungsweise -innen hinzunimmt, dann könnte gar von einer wahren Feminisierung des öffentlichen Raumes und der Politik gesprochen werden.

Das hat mit dem zu tun, was die Philosophen Hegel und Marx als das Umschlagen von Quantität in Qualität beschrieben haben. Mit anderen Worten: Spätestens seit diesem Jahr sind so viele Frauen an so vielen führenden Stellen der Gesellschaft gelandet, dass sie nicht mehr nur eine weibliche Minderheit in einer weitgehend männlich geprägten Öffentlichkeit darstellen. Vielmehr beginnen sie, den Diskurs und den Stil des Landes zu prägen. Was hat sich konkret getan im Jahr 2012, dem mutmaßlichen Jahr der Frauen? Nun, Angela Merkel ist immer noch da, Hannelore Kraft hat sich in einer Wahl behauptet, ebenso wie Annegret Kramp-Karrenbauer, beide Ministerpräsidentinnen. Auch Frau Lieberknecht regiert Thüringen noch. Der nächste und der übernächste Landeschef von Rheinland-Pfalz werden ebenfalls Chefinnen sein, weil dort demnächst Malu Dreyer (SPD) Kurt Beck ablöst, um dann bei der nächsten Wahl von Julia Klöckner (CDU) herausgefordert zu werden. Ilse Aigner (CSU) hat gute Chancen, die Nummer eins in Bayern zu werden. Auch in den Unternehmen sind die Frauen auf dem raschen Vormarsch, sogar – halten Sie sich fest! – in einem bis dato extrem unterfeminisierten Bereich, dem Journalismus. Es gab eine mächtige Quotendiskussion, in manchen Zeitungen wurden auch welche eingeführt, schließlich wurde eine Frau an die Spitze des angeschlagenen Konzerns Gruner+Jahr geholt, Julia Jäkel. Nun könnte man einwenden, dass trotz alledem die Männer noch überall in der Mehrheit sind, und zwar deutlich. Das stimmt auch. Nur wird für eine kulturelle Hegemonie nicht unbedingt eine größere Frauschaftsstärke gebraucht.

Klären wir hier einfach mal das Machtgeheimnis der Frauen: Lange waren sie eine Mehrheit, die wie eine Minderheit behandelt wurde. Man sprach in einem Atemzug von Frauen, Alten, Behinderten, es gab ein Ministerium für Familie, Frauen und Jugend. Lange war das ein Nachteil – einerseits waren Frauen dadurch marginalisiert, andererseits war die Gruppe viel zu groß und zu heterogen, um gemeinsame Interessen vertreten zu können. In den meisten Situationen lassen sich Frauen durch ihr Frausein ungefähr so stark leiten wie Führerscheinebesitzer dadurch, dass sie Auto fahren können, oder Linkshänder dadurch, wie sie Briefe schreiben. Ökonomen haben ganze Lehrbücher darüber geschrieben, dass sich große Gruppen schlecht organisieren lassen, Verbraucher beispielsweise, und dass sich deshalb eher kleine Interessengruppen durchsetzen. Auf Frauen traf die Theorie immer zu. Doch im Moment ändert sich etwas: Die Frauen haken sich unter, wie es sonst nur Minderheiten tun – und sie haben gleichzeitig die Macht einer Mehrheit, zumindest auf einigen Bühnen, etwa bei der bevorstehenden Bundestagswahl, nämlich durch ihre Stimmen. [...]

Es ist gerade ziemlich cool, für Frauenanliegen zu sein. Das hat auch damit zu tun, dass Frauen sich heute weniger denn je verstellen müssen, um nach oben zu kommen. Im Moment ist noch eine Frauengeneration in den Machtpositionen, die vor allem nüchtern, pragmatisch, uneitel und geerdert wirkt, repräsentiert durch Frauen wie Angela Merkel, Christine Lieberknecht oder Hannelore Kraft. Ihr Auftreten ist ein Spiegelbild der gängigen männlichen Vorbehalte – die Generation Merkel musste vor allem beweisen, dass Frauen im Zweifel nicht gleich losheulen, dass sie nicht zickig und hysterisch sind. Das haben im achten Jahr von Merkels Kanzlerschaft fast alle kapiert. Die nachrückenden Frauen – Julia Klöckner aus der CDU, Ilse Aigner in der CSU, auch Andrea Nahles aus der SPD – sind weiblicher, emotionaler, quasi eine Umkehrung des alten Cowboy-Prinzips, nach dem sich unter einer harten Schale oft ein weicher Kern verbirgt.[...]

Nicht zuletzt spricht für den Machtgewinn der Frau ihre neue Frechheit. Jahrzehntlang wurde von emanzipierter Seite proklamiert, eine weiblichere Gesellschaft werde auch eine menschlichere sein. Heute, da so viele Frauen an führender Stelle angekommen sind, wird natürlich gesagt: Was, wir sollen menschlicher sein?! Was fällt euch ein?! Das ist eine sexistische Erwartung! Das können sich sonst nur Minderheiten leisten, die sich moralisch in der Vorhand fühlen. So wie Migranten. Nennt ihn ein Deutscher Türke, sagt er: Was fällt dir ein, ich bin Deutscher! Nennt man ihn Deutscher, sagt er: Willst du mir meine türkische Herkunft nehmen, du Kartoffel! Macht hat, wer die geltende moralische Währung bestimmen kann.

Elisabeth Niejahr und Bernd Ulrich

*Die Zeit*, 13. 12. 2012

**Epreuve d'admission : Langue vivante – Allemand**

**ANALYSE ET COMMENTAIRE**

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

**Deutschland für Zuwanderer immer attraktiver**

*Knapp 300.000 Menschen sind 2011 in die Bundesrepublik eingewandert, rund ein Drittel mehr als im Jahr zuvor. Das ist gut für Deutschland, sagt die OECD in ihrem jüngsten Migrationsbericht.*

Von denen, die ihre Heimat verlassen, um im Ausland ein besseres Leben zu finden, machen sich immer mehr auf den Weg nach Deutschland. Die dauerhafte Zuwanderung zwischen 2010 und 2011 ist mit einem Plus von 68.000 Menschen in kaum einem anderen Industrieland so stark angestiegen wie in der Bundesrepublik. Das geht aus dem Migrationsausblick 2013 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hervor, der an diesem Donnerstag (13.06.2013) in Brüssel und Berlin vorgestellt wurde. Insgesamt sind 2011 gut vier Millionen Menschen in die OECD-Staaten eingewandert. Das ist ein Plus von zwei Prozent. Nach drei Jahren des Stillstands, bedingt durch die Wirtschaftskrise in Europa, ist die Migrationsrate damit erstmals wieder angestiegen. Für 2012 wird von einem gleichbleibenden Trend ausgegangen. In der Riege der 34 OECD-Länder steht Deutschland jetzt an fünfter Stelle unter den Zielländern. Nur die USA, Spanien, Großbritannien und Italien ziehen trotz teils erheblichen Rückgangs seit Ausbruch der Krise noch immer mehr Menschen an.

275.000 der 2011 Zugewanderten stammen aus den Krisenländern der EU. Von ihnen ging ein Drittel nach Großbritannien, Deutschland war mit 78.000 Zuwanderern für Migranten aus Südeuropa das zweitwichtigste Zielland. Unabhängig von der Krise ist die sogenannte Freizügigkeit im Europäischen Wirtschaftsraum in Deutschland für den größten Teil der dauerhaften Zuwanderung verantwortlich. Mit einigem Abstand folge der Familiennachzug und in noch geringerem Umfang humanitär begründete Migration.

"Die Regierungen müssen alles dafür tun, um die Chancen der Migranten auf einen Arbeitsplatz zu verbessern", sagte der Generalsekretär der OECD, Angel Gurría, bei der Vorstellung des Migrationsausblicks in Brüssel. "Die Bekämpfung der hohen und lang

andauernden Arbeitslosigkeit ist essenziell." Während im OECD-Durchschnitt nach wie vor jeder zweite Migrant länger als zwölf Monate arbeitslos ist, ist die Beschäftigungsquote unter den Migranten in Deutschland von 2008 bis 2012 um fünf Prozentpunkte angestiegen. Bei in Deutschland geborenen Menschen betrug der Zuwachs im selben Zeitraum nur 1,5 Prozentpunkte. Thomas Liebig von der Abteilung für Internationale Migration der OECD führt das in erster Linie auf die Veränderungen in der europäischen und auch deutschen Gesetzgebung zurück. Vor allem die Einführung der EU-Blucecard habe viel bewegt, sagt er. "Die Betroffenen haben immer bemängelt, dass niemand das Zuwanderungssystem in Deutschland verstanden hat und die alte Beschäftigungsordnung, die ja bis heute auch noch gilt, ist doch eigentlich auch ein Anwerbestopp mit Ausnahmen." Inzwischen gebe es aber doch erheblich mehr Transparenz. "Durch eine Trennung zwischen temporärer und dauerhafter Migration hat Deutschland sich doch eine wesentlich modernere Struktur gegeben."

Aus den vorläufigen Zahlen für 2012 geht hervor, dass die krisenbedingte Zuwanderung aus Griechenland und Spanien weiter ansteigt. Zwischen 2007 und 2011 stieg der Zuzug aus Griechenland um 73 Prozent und aus Spanien um knapp 50 Prozent. Die Statistik zeigt aber auch, dass viele Migranten aus diesen Ländern Deutschland auch schnell wieder den Rücken zukehren. Nur jeder zweite Grieche und nur jeder dritte Spanier blieb in den vergangenen Jahren länger als ein Jahr. "Das Interesse an Deutschland ist nicht das Problem", sagt OECD Migrations-Experte Thomas Liebig. "Das Problem ist die Sprache." Die meisten Arbeitgeber verlangen von den Migranten, dass sie die deutsche Sprache beherrschen. "Dieser Punkt wird immer genannt, der ist wichtiger als jeder Universitätsabschluss oder jede andere berufliche Qualifikation", so Liebig. Deshalb müsse viel mehr in die Sprachförderung investiert werden. Auch wenn sich jetzt einiges bewege, habe Deutschland auf diesem Gebiet viel versäumt. Die Goethe-Institute beispielsweise hätten erst seit 2011 überhaupt das Mandat, zuwanderungsspezifische Sprachkurse anzubieten. Sprachlehrer seien daher im Moment "echte Mangelware". Eine zweite Forderung der OECD betrifft das Thema Diskriminierung. Ein Migrant muss in Deutschland immer noch doppelt so viele Bewerbungen schreiben, um einen Job zu finden. Männer mit türkischen Wurzeln müssen statistisch gesehen knapp doppelt so oft mit Arbeitslosigkeit rechnen wie jene ohne Migrationshintergrund.

Der Migrationsausblick der OECD zeigt, wie groß der volkswirtschaftliche Nutzen der Zuwanderer sein kann. So könnten die Nettoeinnahmen des Staats um etwa 0,3 Prozent der Wirtschaftskraft wachsen, wenn Menschen mit deutschen und ausländischen Wurzeln gleichermaßen auf dem Arbeitsmarkt vertreten wären. Allein bei hoch qualifizierten Migranten lägen die möglichen Mehreinnahmen bei mehr als 3,5 Milliarden Euro.

Sabine Kinkartz  
*Deutsche Welle*  
www.dw.de / 13.06.2013

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

**ANALYSE ET COMMENTAIRE**

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

**Die Schule der Zukunft schaffen**

*Überlastete Pädagogen, gestresste Schüler und unzufriedene Eltern : Deutschlands Schulsystem steht in der Kritik. Immer mehr Initiativen entstehen, die eine grundlegende Reform fordern - und damit von unten beginnen.*

Eine Grundschule im Dortmunder Norden, umgeben von Hochhäusern, in denen fast 1000 Menschen aus 30 Nationen leben. Armut, Arbeitslosigkeit und Sprachprobleme prägen den Alltag der Kinder, die hier aufwachsen. "Unsere Schüler haben nur eine Chance: Bildung", sagt Gisela Schultebrücks-Burgkart. Seit 1994 hilft die Rektorin den Kindern mit ihrem Team von inzwischen 31 Lehrern sehr erfolgreich, genau diese Chance zu nutzen. Sprachförderung in allen Fächern, klassenübergreifender Unterricht, Lernwerkstätten und eine intensive Zusammenarbeit mit den Eltern haben dazu geführt, dass überdurchschnittlich viele dieser Schüler später auf ein Gymnasium wechseln, nämlich 44 Prozent. Für ihr Konzept wurde die Grundschule Kleine Kielstraße 2006 als erste Schule mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Seitdem strömen Besuchergruppen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum nach Dortmund, um zu erleben, wie eine Schule im sozialen Brennpunkt erfolgreich sein kann. "Es ist sicherlich ein Effekt des Schulpreises, dass wir mit unserer Idee, Schule zu gestalten, auf so viel Resonanz stoßen", meint die 61-jährige Rektorin. 1994 war die Schule mit ihren Ideen der individuellen Förderung, Team- und Elternarbeit eine echte Pionierin. Inzwischen aber gibt es viele deutsche Schulen, die weg wollen von Frontalunterricht, Leistungsdruck und dem Aussortieren schwacher Schüler. Immer mehr Initiativen entstehen, die auf eine grundlegende Reform des deutschen Schulwesens drängen. Denn fast in keinem anderen Industrieland spielt das Elternhaus eine so entscheidende Rolle für den Schulerfolg wie in Deutschland. Das sorgt insbesondere unter Einwanderer- und sozial benachteiligten Familien für zahlreiche Schulversager.

"Wir brauchen einen radikalen Wandel unseres Schulsystems", meint Margret Rasfeld, Rektorin der Evangelischen Schule Berlin-Zentrum. Weil der nicht "von oben", also aus der deutschen Politik kommt, hat sich die Schulleiterin mit dem Hirnforscher Gerald Hüther und anderen Bildungsexperten zusammengeschlossen und im Sommer vergangenen Jahres die Initiative "Schule im Aufbruch" gegründet. Wie die Netzwerke "Archiv der Zukunft", "Blick über den Zaun" und die Akademie des von der Robert-Bosch-Stiftung verliehenen Deutschen Schulpreises will auch diese Initiative den Unterricht und das Lernklima an deutschen Schulen verbessern. "Schule hat im 21. Jahrhundert andere Aufgaben als im Maschinenzeitalter", betont Hüther. "Heute ist nicht wichtig, dass man aus der Schule kommt und alles auswendig weiß, sondern heute brauchen wir Menschen, die in einer hoch komplexen Welt Verantwortung übernehmen können." Die neue Initiative hat sich breit aufgestellt. Anfang des Jahres tourte sie mit der "Roadshow Lernlust" durch elf deutsche Städte und erreichte mit ihrer Vorstellung neuer Schul- und Lernkonzepte rund 10.000 Menschen. Ein Projektbüro mit drei Mitarbeitern dient als Anlaufstelle für die Vernetzung interessierter Schulen. 16 regionale Bündnisse sind bereits entstanden.

Neben Kooperationen mit Schulen, die bereits erfolgreich neue Lernideen umgesetzt haben, vermittelt das Büro auch Schulcoaches, die den Reformprozess begleiten. Einer von ihnen ist Ali Döhler vom Aachener Bildungswerk. "Die Schulen stehen unter großem Druck", beobachtet er. "Seit der Pisa-Studie wird einerseits stärker auf Leistung geachtet, andererseits sollen die Klassen - nicht zuletzt mit der Inklusion - deutlich heterogener werden." Ein Spagat, der mit den bisherigen Lern- und Lehrmethoden kaum zu schaffen sei. Entscheidend ist für Döhler, dass Schulen sich nicht mehr als reine Lehranstalten verstehen, sondern Lehrer ihren "Erziehungsauftrag" annehmen - und zu jedem einzelnen Schüler eine Beziehung aufbauen. Doch dafür müssen erst Strukturen geändert werden. Der Unterricht sollte möglichst in einer flexiblen Zeitstruktur, zum Beispiel in Doppelstunden stattfinden. Eine doppelte Klassenleitung und weniger Fachlehrer in einer Klasse sorgen für eine bessere Teamarbeit. Statt des üblichen Frontalunterrichts plädiert Döhler für mehr Eigen- und Teamarbeit der Schüler. Etwa in sogenannten "Lernbüros", in denen der Stoff mehrerer Fächer zusammengefasst ist und die Schüler entscheiden können, wann sie welches Thema bearbeiten. Die Pädagogen begleiten diesen Lernprozess als "Tutoren".

Fünf bis sechs Jahre braucht es nach Döhlers Erfahrung, bis eine Schule sich umstrukturiert hat. Die Reform von "unten", auf die "Schule im Aufbruch" setzt, wird also noch viele Jahre dauern. Aber Döhler ist davon überzeugt, dass sie gelingt, weil die Zeit dafür reif ist. [...]

Sabine Damaschke  
*Deutsche Welle*  
www.dw.de / 03.06.2013

ENS DE LYON - Concours Sciences humaines - Session 2013

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

## ANALYSE ET COMMENTAIRE

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

### Von wegen Schulkultur

*Die Soziologin und Wissenschaftsforscherin Jutta Allmendinger liest dem Bildungssystem die Leviten.*

Deutsche Bildungsreformen sind nicht nur Flickschusterei, sondern auch hochideologisch gepolstert. Jüngstes Beispiel ist die derzeit erbittert geführte Debatte über Sinn und Unsinn des Sitzenbleibens, das jährlich zwei Prozent aller Schüler betrifft. Munter überziehen sich die Streitparteien – grob: linkes gegen rechtes Politlager, Norden gegen Süden der Republik – mit polemischen Anwürfen, statt gemeinsam der Wahrheit ins Auge zu schauen: Die Wiederholungsstunden sind Symptom einer tiefen Systemkrise. Das neueste Buch [der Bildungsforscherin Jutta Allmendinger] kommt als Streitschrift daher: *Schulaufgaben* ist ein faktenreiches wie mitreißendes Plädoyer dafür, dass wir dem Fäulnisprozess unseres Bildungswesens nicht länger zuschauen dürfen. Die Systemfrage steht auf der Agenda, und zwar ganz oben!

Ein Blick nach Berlin genügt. Kürzlich haben die Hauptstädter einmal mehr miserable Zensuren für ihre sogenannten Reformen eingefahren: Ob Einschulung Fünfjähriger, ob Jahrgangsmischung oder Sprachförderung – überall, wo die Pisa-geschockte Verwaltung Hand angelegt hat, ist nachweislich Murks herausgekommen. Ganze Schülergenerationen, Elternkohorten und Pädagogen-Teams werden als Versuchskaninchen verschlissen, weil überstürzt gestartete und schlecht gesteuerte Modellversuche sich als untauglich erweisen, den Missständen abzuwehren. Als da sind: ein Schulsystem, das seine Klientel nach sozialer Herkunft gruppiert, Begabungen ignoriert und jede Menge Jugendliche in die Hartz-IV-Sackgasse entlässt. Seite um Seite listet Jutta Allmendinger die "vielen unterlassenen Hilfeleistungen" auf – eine Chronik des gesellschaftlichen Versagens. "Warum", fragt die Soziologin, die dem Wissenschaftszentrum Berlin, einer der renommiertesten Denkfabriken des Landes, vorsitzt, "warum werden nicht alle Kinder herausgefordert, gepikst und unterstützt?"

Seit 20 Jahren ist Allmendinger, selbst Mutter, mit dieser Misere befasst. In einer privaten Langzeitstudie hat sie verfolgt, wie die Bildungswege ihres Patensohns Alex und seiner Kindergartenfreunde auseinanderdrifteten. Der Architektenfilius Alex, das Migrantenkinderkind Erkan, die mit einer alleinerziehenden, erwerbslosen Mutter aufwachsende Jenny und die lernbehinderte Laura wandern im Schulerschluss durch die ersten Jahre. Jeder der Freunde

kann etwas besonders gut – Memory oder Schach, malen oder rechnen. Gemeinsam sind sie unschlagbar. Der Bruch kommt mit der Einschulung, die innerbezirklich erfolgt und das Kleeblatt auseinanderreißt. Laura wird ärztlich begutachtet, zurückgestellt und schließlich in eine Integrationsklasse geschickt, wo sie ins Abseits gerät. Allmendinger macht keinen Hehl daraus, dass der gemeinsame Schulbesuch aller Kinder, ungeachtet vorhandener Handicaps, trotz entsprechender UN-Konvention bislang nur eine Worthülse ist. Das pädagogische Know-how reicht dafür gegenwärtig genauso wenig aus wie die personelle und finanzielle Ausstattung der Schulen, von der fehlenden Akzeptanz Behinderter zu schweigen. Lauras einzige Rettung sind die Eltern, die alle Hebel in Bewegung setzen, als Familie freilich am zermürbenden Kampf um richtige Diagnosen, Therapien und Schulplätze fast zerbrechen.

Jenny reiht sich, kaum Abc-Schützin geworden, ins Heer der Unterrichtsschwänzer ein. Das Mädchen wird durch den Rost von Grund-, Real- und Hauptschule immer weiter nach unten fallen und am Ende ohne Abschluss dastehen. "Abschulung" wird das im Wissenschaftsjargon genannt, allein im Schuljahr 2011/2012 waren bundesweit 50.000 Kinder davon betroffen. Erkan wiederum hat bessere Noten als Alex, bekommt aber trotzdem keine Gymnasialempfehlung, während der Minderleister grünes Licht kriegt, getreu der Überzeugung: "Bei diesen Eltern steht das doch ganz außer Frage."

Die Tatsache, dass das deutsche Bildungssystem nicht Kompetenz, Leistung und Wissen belohnt, sondern Kinder nach ihrer Herkunft sortiert und aussortiert, ist inzwischen bis zum Überdruß dokumentiert. Jenseits persönlicher Tragödien entstehen dabei – vom Facharbeitermangel bis zur Ghettobildung der Superreichen und Superarmen – gesellschaftliche Verwerfungen, denen auch Bernd Siggelkow und Wolfgang Büscher in ihrem Band über *Deutschlands verlorene Kinder* (2012) nachspüren. Der Gründer der "Arche"-Häuser, die vernachlässigten Kids bundesweit Zuflucht bieten, und der Journalist kommen nach umfassender Bestandsaufnahme zum selben Fazit wie Jutta Allmendinger: Nicht alle Eltern können ihrem Nachwuchs Schutz und Hilfe geben, deshalb "ist es die Pflicht des Staates, diese Kinder aufzufangen und zu fördern".

Die Wissenschaftlerin hat gezielt nach Alternativen zum trostlosen Istzustand gesucht. Dabei ist sie natürlich im gelobten Bildungsvorzeigeland Finnland fündig geworden. Am meisten aber hat ihr die Entwicklung des Patensohns imponiert, der irgendwann auf ein englisches Elite-Internat verschwand. Gewiss können sich derlei Luxus nur begüterte Eltern leisten, doch entscheidend ist, was Allmendinger in Cambridge erlebt: kleine Klassen, lebendige Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden, eine "aner kennende Kultur" umfassender Menschenbildung, die den Einzelnen ernst nimmt und so das Beste aus ihm herausholt. Der alles andere als gloriose Gymnasiast Alex fängt an zu pauken – "in jede Richtung" – und ergattert sogar ein Stipendium. Niemand hätte ihm das zugetraut, am allerwenigsten er selbst. [...]

Die Forderungen, die sich aus alledem ergeben, sind klar: im Ganztagsbetrieb länger und entspannter gemeinsam lernen, Lehrkräfte besser aus- und fortbilden, den Schulen "mehr Autonomie" einräumen und zugleich bundesweit festlegen, "was Schülerinnen und Schüler können sollten". Heißt im Umkehrschluss: Weg mit dem unsäglichen Bildungsföderalismus, weg mit der Dreigliedrigkeit, weg mit einem Lernbegriff, der allein aufs Kognitive zielt. Kurz: ein Bruch mit dem bestehenden System.

Dorion Weickmann  
Die Zeit, 28.02.2013

Epreuve d'admission : *Langue vivante – Allemand*

**ANALYSE ET COMMENTAIRE**

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E) :

Vous devez impérativement

1. Ecrire lisiblement vos noms et prénoms
2. Signer ci-dessous
3. Remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie

NOM

Signature

Prénom

## Wachsende Ungleichheit

*Wo bleibt der Protest? Anmerkungen zum Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung.*

Das Wahljahr hat begonnen, doch noch bleibt es seltsam still, wenn es um die entscheidenden Zukunftsfragen geht. Stattdessen ergötzen sich Medien und Wahlvolk lieber an personellen Turbulenzen in der FDP oder vermeintlicher Fettnäpfchen-Fixiertheit des SPD-Kanzlerkandidaten. Dabei existiert seit vielen Jahren ein gravierendes Problem für die deutsche Demokratie: die wachsende soziale Ungleichheit. Was manche reflexhaft als linksradikales Mantra abtun wollen, hat sich tatsächlich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt – und kann sich, wenn nichts passiert, in diesem Jahrzehnt zu einer existenziellen Gefährdung des Gemeinwesens auswachsen.

Ein schwarz-gelbes Bubenstück war daher im Herbst 2012 die Verstümmelung des neuen *Armuts- und Reichtumsberichts*, dessen Entwurf seit September den Bundesministerien vorlag. So wurde dort zum Beispiel die Verdoppelung des Privatvermögens in den letzten Jahren von 4,5 auf 9 Billionen Euro nicht nur beim Namen genannt, sondern auch enthüllt, dass der Löwenanteil daran zu den obersten fünf bis zehn Prozent der Sozialhierarchie gewandert war. Dieser und weitere brisante Punkte fielen aber dem Kürzungseifer des internen Kartells zum Opfer – eine massive Intervention, die dem Staatsbürger fundamental wichtige Informationen kaltblütig vorenthält. Wo ist das Aufbegehren der empörten Öffentlichkeit geblieben?

Die Bundesrepublik ist seit den frühen fünfziger Jahren, seit dem Beginn des »Wirtschaftswunders«, durch eine überraschend stabile soziale Ungleichheit gekennzeichnet. Das »Spitzenquintil« – die vom Statistischen Bundesamt sogenannten obersten zwanzig Prozent der Bevölkerung – hat 43,5 Prozent der Einkommen und Vermögen an sich gebunden; das unterste stagniert dagegen bei sieben Prozent, während die Mittelklassen stets bei 49,4 Prozent lagen. Das Verblüffende an dieser Struktur ist die Konstanz, mit der sie sich in den ersten fünfzig Jahren gehalten hat. Das Volumen des Einkommens und des Vermögens ist natürlich dank der Wohlstandsexplosion drastisch gestiegen. Doch ihr Verteilungsmodus ist insgesamt stabil geblieben.

Die 23 Jahre des »Wirtschaftswunders« haben einen einmaligen Sockel für die seither beispiellos steigenden Einkommen geschaffen. Nie zuvor hat es in Deutschland eine solche Epoche wie die Hochkonjunkturperiode von 1950 bis 1973 gegeben, und nie hat sie sich seither wiederholt. Das westdeutsche Sozialprodukt verdreifachte sich in dieser Zeitspanne; die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten lagen bei 6,5 Prozent. Bis zum Einschnitt der ersten Ölkrise von 1975 verzehnfachte sich das durchschnittliche Nettohaushaltseinkommen von 357 Mark auf 3705 Mark. Das Volkseinkommen verachtfachte sich pro Kopf bis 1990 – schneller als in allen anderen westlichen Gesellschaften.

Der erste *Armut- und Reichtumsbericht 2001* ermittelte die zehn Prozent an der Spitze als Bezieher von 35 Prozent des Nettogesamteinkommens. Zwei Millionen Reiche lagen um ein Vielfaches über dem durchschnittlichen Nettoeinkommen. Die reichsten fünf Prozent erzielten zusammen ein Einkommen, das 95 Prozent aller Einkommensbezieher zusammengenommen nicht erreichten. Diese »Superreichen« unter den 27.000 Millionären konnten jedoch, wie das Statistische Bundesamt beschämt zugab, nicht korrekt erfasst werden, da sich Vermögen, die größer sind als zwei Millionen Euro, dem Statistischen Bundesamt schlechterdings entzogen. Aus dieser Dunkelzone stammen vermutlich die 180 Milliarden der deutschen Steuerflüchtlinge in der Schweiz, auch die hohen Summen in Luxemburg und neuerdings in Singapur. Zwei OECD-Studien haben demgegenüber 2011 nachgewiesen, dass die Ungleichheit in Deutschland wegen der Teilzeitarbeit und der Minijobs steil anwächst, da es seit 1984 in diesem Bereich zu einem Anstieg von drei Millionen auf mehr als acht Millionen Erwerbstätige gekommen ist. [...]

Es bleibt bisher eine offene Frage, weshalb sich nur geringer Widerstand gegen die maßlose Einkommens- und Vermögenssteigerung regt. Immerhin besetzen die Gewerkschaften die Hälfte der Sitze in den Aufsichtsräten; Gehalts- und Bonifragen werden meist im Konsens entschieden. Werden solche heiklen Entscheidungen einfach abgenickt? Hier geht es keineswegs um die Durchsetzung genuiner Marktkräfte, wie das die hegemoniale Neoklassik in den USA, in Großbritannien und Deutschland behauptet, sondern um klassische Herrschaftsentscheidungen in einer kleinen Arena, wo wenige Männer das Sagen haben. Die verblüffende Geduld, mit der diese Konstellation hingenommen wird, beruht wesentlich auf der Tatsache, dass die Bundesrepublik noch immer zu den fünf reichsten Ländern der Welt gehört und außer einem relativ hohen Einkommensdurchschnitt perfektionierte sozialstaatliche Leistungen bietet. Die Verteilungsstruktur muss sich in jüngster Zeit im untersten Quintil drastisch verschlechtern, im obersten aber noch drastischer verbessert haben. Das wird uns hoffentlich der neue *Armut- und Reichtumsbericht* mitteilen.

Trotz der innenpolitischen Ruhe ist die krasse Ungleichverteilung der Einkommen und des Vermögens, überhaupt der Lebenschancen, unleugbar gefährlich. Denn zur Legitimationsgrundlage der Bundesrepublik gehört seit Langem, dass das erwirtschaftete Sozialprodukt einigermassen gerecht verteilt wird. Das war jahrzehntelang die große Leistung pragmatisch kooperierender Unternehmen und Gewerkschaften. Jetzt aber lassen sich die krassen Unterschiede nicht mehr rechtfertigen, zumal die Mittel- und Unterschichten unter der Stagnation der Realeinkommen leiden. Es bedarf politischen Drucks, der endlich zu angemessenen Reformen führt: Denn mit der Ungleichheitsbewältigung steht auch die viel gerühmte Reformfähigkeit der Bundesrepublik auf dem Spiel.

Hans-Ulrich Wehler

*Die Zeit*, 7. 2. 2013

## Union unter Druck

*Süddeutsche Zeitung*, 12.04.2013 – Von Robert Roßmann

*Die Koalition hat sich jahrelang zu wenig um die Belange ihrer Frauen gekümmert - jetzt droht ihr die Quittung. Mehrere Unionsfrauen wollen im Bundestag für die Frauenquote stimmen. Unionsfraktionschef Kauder schickt daher einen flehenden Appell an die weiblichen Fraktionsmitglieder. Hat dieser keinen Erfolg, wären die Folgen für die Koalition katastrophal.*

Es ist fast schon ein flehender Appell. Volker Kauder hat die Frauen seiner Fraktion aufgefordert, zusammen mit der Unionsmehrheit gegen die Quote zu stimmen. Andernfalls sei die Koalition "nicht mehr handlungsfähig". Starke Worte, die aber nur die Schwäche des Fraktionschefs offenbaren.

Nächste Woche entscheidet der Bundestag über den Gesetzentwurf des Bundesrats für eine Frauenquote. Und Kauder kann immer noch nicht einschätzen, wie viele Dissidentinnen es in seinen Reihen gibt. 20 Abweichlerinnen könnte sich die Koalition erlauben. Eine einzige zusätzlich - und Schwarz-Gelb stünde zum ersten Mal ohne Mehrheit da. Die "Berliner Erklärung" für die Quote haben bereits 24 Frauen aus den Koalitionsfraktionen unterzeichnet. Das muss für die Abstimmung im Bundestag nichts bedeuten, zeigt jedoch: Es kann eng werden.

Kauders Appell offenbart aber auch, wie stark es unter den Unionsfrauen gärt. Für viele von ihnen waren die vergangenen Jahre eine Zumutung. Sie mussten wider die eigene Überzeugung für das Betreuungsgeld stimmen. Die als Kompensation gedachte Erhöhung der Mütterrenten wird es in dieser Legislatur doch nicht mehr geben. Außerdem verhindert die Bundesregierung die europäische Frauenquote. Und in Kristina Schröder kämpft ausgerechnet die Frauenministerin gegen eine feste Quote hierzulande.

Die Koalition hat sich jahrelang zu wenig um die Belange ihrer Frauen gekümmert, jetzt könnte sie dafür die Quittung erhalten. Die Folgen für die Regierung wären katastrophal.

FDP-Fraktionschef Brüderle hat bereits im Streit um die Gleichstellung der Homo-Ehen erklärt, wechselnde Mehrheiten bedeuteten das "Ende" einer Koalition. Dies war damals als Warnung an die eigenen Parteifreunde gedacht - gilt jetzt aber auch für die Union. Die Liberalen lehnen jede Form der Frauenquote ab. Sollten Unionsabgeordnete dem Quoten-Gesetz des rot-rot-grünen Bundesrats trotzdem zur Mehrheit verhelfen, wäre das ein beispielloser Affront gegenüber der FDP.

Die Liberalen müssten sich dann auch nicht mehr koalitionskonform verhalten. Brüderle könnte seine Fraktion kaum mehr davon abhalten, zusammen mit der Opposition für die Gleichstellung der Lebenspartnerschaften zu stimmen. Was die Unionsfraktion wiederum dazu bringen könnte, gegen den Widerstand der FDP zusammen mit der Opposition einen NPD-Verbotsantrag des Bundestags zu beschließen. Angela Merkel würde mitten im Wahlkampf die Regierung um die Ohren fliegen.

Kauder bleibt deshalb gar nichts anderes übrig, als seine Frauen unter Druck zu setzen. Zu viel steht auf dem Spiel. Außerdem kann er die Beschlüsse seiner Partei nicht einfach ignorieren. Auf dem letzten Parteitag hat sich die CDU einstimmig für die flexible Quote von Kristina Schröder ausgesprochen - und damit gegen eine fixe Vorgabe, wie sie jetzt der Bundesrat will. Was heißt das alles für die Frauen in Deutschland? Wer eine feste Quote will, muss Parteien wählen, die diese auch wollen. Union und FDP sind es nicht.

Süddeutsche.de. 6. März 2013

## Deutschland als Blockierer EU-Frauenquote in Gefahr

*Von Cerstin Gammelin, Brüssel, und Robert Roßmann, Berlin*

*Die Bundesregierung sperrt sich gegen die EU-Richtlinie zur Gleichstellung der Geschlechter. Arbeitsministerin von der Leyen handelt damit entgegen ihrer persönlichen Haltung und erntet Kritik. Wegen des deutschen Neins gibt es in Brüssel derzeit keine ausreichende Mehrheit für die Quote.*

Wegen des Widerstands der Bundesregierung gegen eine europaweite Frauenquote in Aufsichtsräten droht das Vorhaben der EU-Kommission jetzt insgesamt zu scheitern. Bisher hatten sich Großbritannien, die Niederlande, Tschechien, Ungarn, Schweden, Dänemark, die Slowakei, Estland und Lettland gegen eine EU-weite Quote ausgesprochen. Zusammen mit Deutschland verfügen diese Länder nun über eine stabile Sperrminorität von 127 Stimmen im Ministerrat.

EU-Justizkommissarin Viviane Reding hatte im November einen Richtlinienvorschlag präsentiert, der eine "ausgewogene Vertretung" von Männern und Frauen in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen vorsieht. Um dies zu erreichen, soll eine sogenannte Verfahrens-Quote in Höhe von 40 Prozent eingeführt werden. Danach müssen bis zum Erreichen dieser Quote bei gleicher Qualifikation jeweils die Bewerber des bislang unterrepräsentierten Geschlechts - also praktisch immer der Frauen - in den Aufsichtsrat einziehen.

Die Bundesregierung will jedoch auch diese schwache Frauenquote stoppen. Nachdem Ursula von der Leyens Arbeitsministerium auf Druck des Kanzleramts einen Vorbehalt gegen diesen Kurs zurückgezogen hat, wies die Bundesregierung am Montag ihre Ständige Vertretung in Brüssel an, dafür zu sorgen, dass die geplante Richtlinie keine Mehrheit findet.

Reding gab sich am Mittwoch dennoch zuversichtlich, die Quote durchsetzen zu können. Sie nehme die Position Deutschlands "zur Kenntnis", werde ansonsten aber an ihrem Vorhaben festhalten, sagte die Kommissarin. Sie hofft dabei auch auf Unterstützung aus dem EU-Parlament.[...]

Die CSU-Abgeordnete Angelika Niebler erklärte, aus Sicht der Frauen dürfe es nur eine Botschaft geben: "Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen." Niebler verteidigte deshalb Redings Vorschlag: Schließlich verlange die Kommissarin lediglich "eine sehr deutlich abgeschwächte Quote".[...]

In Deutschland kritisierte die Opposition die Regierung heftig. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, sagte, die EU sende "Modernisierungssignale und Frau von der Leyen steckt den Kopf in den Sand". Jetzt zeige sich, dass deren "Einsatz für eine Frauenquote nie mehr war als Schaumschlägerei". Von der Leyen verteidigte ihr Verhalten. Sie habe ihre "politische Haltung nicht geändert" und sei persönlich weiter für eine Quote, sagte die Ministerin. Im Kabinett vertrete sie damit aber eine Minderheitenhaltung. Und es sei nun mal "klar, dass sich die Mehrheitsposition durchsetzt".

Süddeutsche.de Politik

12. Mai 2013

**Bundesparteitag der Piraten  
Am Ende fehlt der Mut**

*Eine Analyse von Hannah Beitzer, Neumarkt in der Oberpfalz*

*Die Piraten - Partei der Online-Demokratie? Nicht ganz. Auf ihrem Parteitag verpasst ein Antrag auf eine Ständige Mitgliederversammlung knapp die nötige Zweidrittelmehrheit. Die Ängstlichen schaffen es so, die Partei zu lähmen.*

Es war einmal eine Partei, die wollte die Demokratie mit Hilfe des Internet verändern. Sie wollten jenen Gedanken der Basisdemokratie, an dem ihre Eltern und Großeltern vor einigen Jahrzehnten scheiterten, wiederbeleben. Schließlich, so argumentierten sie, gebe es dank des digitalen Wandels ganz neue Möglichkeiten, alle Menschen in den politischen Prozess einzubeziehen: Online-Mitbestimmung war das Zauberwort, das die Piraten in den Jahren 2011 und 2012 in vier Länderparlamente spülte.

Deswegen dürfte es den durchschnittlichen Politik-Interessierten durchaus erstaunen, dass ausgerechnet bei der Frage, ob die Partei Online-Parteitage einführen soll, auf ihrem Parteitag in Neumarkt in der Oberpfalz die Fetzen flogen - und der Antrag auf eine ständige Mitgliederversammlung (SMV) im Internet die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit verfehlte.

Dabei hatten die Befürworter die SMV als wichtiges Instrument der Online-Beteiligung gepriesen, sie wollten damit das Versprechen der Mitmachpartei einlösen. Zwei Parteitage im Jahr seien zu wenig, um die Lücken im Programm zu stopfen. Außerdem könnten die Vertreter der Partei - Vorstand, Abgeordnete, Kandidaten - via SMV auch die Meinung der Basis zu plötzlich auftauchenden tagespolitischen Themen abfragen.

Doch auch die Gegner einer Ständigen Mitgliederversammlung verfügten über gute Argumente: Zum ersten sei Technik manipulierbar. Auch die Tatsache, dass die Online-Abstimmungen nicht komplett anonym erfolgen sollen, sondern zumindest ein Pseudonym nötig ist, behagt verständlicherweise nicht jedem Basismitglied. In der Partei sind zahlreiche überzeugte Datenschützer aktiv. ...

Die Piratenpartei ist maßgeblich nicht wegen ihrer Meinung zur Außen- oder Wirtschaftspolitik für die Menschen interessant. Und erst recht nicht wegen ihres Führungspersonals. Sondern weil sie eine einmalige Chance bietet: Nämlich die, die Plattform für die politischen Experimente der digitalen Generation zu werden.

Wer, wenn nicht die Nerdpartei<sup>1</sup> par excellence, sollte die technischen Fähigkeiten dafür besitzen? Die Piratenpartei könnte eine Spielwiese sein, ein Versuchslabor der Demokratie. Sie könnte Beteiligungsmöglichkeiten ausprobieren, ordentlich auf die Schnauze fallen, wieder aufstehen und dann: weitermachen.

Die Piraten müssen sich nur trauen. ...

---

<sup>1</sup> die Nerdpartei = die Piratenpartei

# SENTIMENT UND INTERESSE

Die deutsch-französischen Beziehungen sind und waren neben der emotionalen Bindung auch von strategischem Interesse geprägt. François Hollandes Orientierung in Europa, so kommentiert Clemens Wergin in der Welt, sollte auch Deutschland zu einer Neupositionierung nutzen.

VON CLEMENS WERGIN

In Deutschland wird gerne über den Sinn und Unsinn von Ritualen diskutiert. Im französischen Reims konnte man im Juli sehen, wozu sie in Europa gut sind: um Gemeinsamkeit zu schaffen selbst in Zeiten, in denen man bei konkreten politischen Fragen gegensätzlicher Meinung ist. Vor 50 Jahren haben der französische Präsident Charles de Gaulle und der deutsche Kanzler Konrad Adenauer mit einem Gottesdienst in der von den Deutschen fast völlig zerstörten Kathedrale den langen Weg zur Versöhnung begonnen. Und selbst wenn die heutigen Protagonisten François Hollande und Angela Merkel noch immer kein gutes Arbeitsverhältnis gefunden haben, so liegt doch etwas Beruhigendes in der geschäftsmäßigen Professionalität, in der beide die historische Errungenschaft von aktuellen Meinungsverschiedenheiten zu trennen wissen.

## STRATEGISCHES KALKÜL

Es lohnt, sich daran zu erinnern, dass die Annäherung auch vor 50 Jahren nicht frei war von strategischem Kalkül. Die Deutschen bräuchten die Aussöhnung mit Frankreich, um nach den Nazi-Gräueln den Weg zurück in die Völkergemeinschaft antreten zu können. Und de Gaulle hoffte, Frankreichs eigensinnige weltpolitische Rolle zu stärken, indem er die Deutschen aus der engen Partnerschaft mit den USA herauslöste. Seit der Annäherung von Reims hat Deutschland stets die Balance gesucht zwischen den angelsächsischen Mächten USA/Großbritannien einerseits und dem weniger atlantisch gestimmten Frankreich. Es wird gerne vergessen, dass die enge Achse zwischen Merkel und Sarkozy nicht nur der Not geschuldet war, die Euro-Krise gemeinsam bekämpfen zu müssen. Sie wurde auch möglich, weil Sarkozy der transatlantischste Präsident war, den Frankreich je hatte. Und der Berlin deshalb nicht vor die klassische Verlegenheit stellte, dass die größere Nähe zu Paris in London und Washington als wachsende Distanz verstanden wurde.

## DEUTSCHLAND ALS EINSAME LOKOMOTIVE?

Dass Hollande sich nun zum Anführer der reformunwilligen Europäer macht, sollte für Deutschland Anlass sein, sich ebenfalls neu zu orientieren. Es ist jetzt schon absehbar, dass manche Länder den von Merkel vorgezeichneten Kurs zu immer höherer Integration in der EU nicht mitgehen werden. Deutschland droht so zur einsamen Lokomotive in einer Gruppe von strukturkonservativen Globalisierungsverweigerern zu werden. So könnte die deutsch-französische Entfremdung auch positive Folgen haben: Weil sie den Deutschen vor Augen führt, dass sie besser kein Europa bauen sollten, in dem die wirtschaftlich erfolgreichen Skandinavien und das weltoffene Großbritannien nur noch am Rande vorkommen. Bei aller sentimentalen Freundschaft zu Frankreich: Das ist nicht im deutschen Interesse. ●

## 9. April 2013 18:13 Alternativen zu Gorleben Bund und Länder wollen bis 2031 neues Atommüll-Endlager finden

Alles auf neu: Mehr als 30 Jahre konzentrierte sich die Suche nach einem Endlager für radioaktiven Abfall auf den Salzstock Gorleben. Jetzt haben sich Bund und Länder nach quälend langen Verhandlungen darauf geeinigt, das Verfahren komplett neu zu starten.

Sieht so die große Einigung aus? Jahrzehntlang wird in Deutschland nun schon über die Suche nach einem Endlager für Atommüll gestritten. Der Salzstock im niedersächsischen Gorleben galt lange als Favorit. Doch dieser Standort - Ende der siebziger Jahre als Ergebnis eines eher laxen Verfahrens ausgewählt - war lange umstritten. Kritiker argumentieren, das Deckengebirge über dem Salzstock sei nicht dick genug und daher instabil. Sie fürchten auch, dass das Grundwasser mit radioaktivem Material in Kontakt kommen könnte.

Mehrere Umweltminister - Trittin, Gabriel, Röttgen haben sich an dem Projekt abgearbeitet. Erfolglos.

Ein letztes Mal wollen Bund und Länder an diesem Dienstag zusammenkommen, um den Weg zu bereiten für eine neue, ergebnisoffene Standortsuche. Diesmal mit Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU), der das Projekt von Röttgen geerbt hat. Gut 70 Seiten umfasst der Gesetzentwurf, mit dem alles von vorne beginnen soll.

Das Ergebnis der Verhandlungen mutet mager an: Nach über 30 Jahren Konzentration auf den Salzstock Gorleben haben sich Bund und Länder jetzt darauf geeinigt, die Suche neu zu beginnen. Gorleben sei nicht grundsätzlich ausgeschlossen, die Suche sei aber "nicht mehr auf Gorleben fixiert", sagte Bundesumweltminister Peter Altmaier.

Bis Ende April oder Anfang Mai soll ein entsprechendes Endlagersuchgesetz im Bundestag eingebracht werden und im Juli beschlossen werden. Als erster Schritt soll eine 24-köpfige Bund-Länder-Kommission ins Leben gerufen werden. Davon stellen Bund und Länder zwölf Mitglieder, die Zivilgesellschaft - Gewerkschaften, Kirchen und Wissenschaft - weitere zwölf Vertreter.

Diese Kommission soll bis Ende 2015 Auswahlkriterien für die Standortsuche vorschlagen. Spätestens bis zum Jahr 2031 soll das deutsche Endlager für hochradioaktive Abfälle gefunden sein.

Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben soll es der Verständigung zufolge nicht mehr geben. Noch anstehende Transporte sollen auf andere Zwischenlager verteilt werden. In den nächsten Wochen wollen Bund und Länder festlegen, in welche Zwischenlager die restlichen Atommülltransporte gehen sollen.

Altmaier rechnet mit Kosten von etwa zwei Milliarden Euro, die die Atomkonzerne tragen sollen. Sie haben bereits 1,6 Milliarden Euro in die Erkundung Gorlebens investiert, für dessen Untauglichkeit sie keine klaren Belege sehen.

Wenn die Grundlagen für die neue Suche ausgearbeitet sind, sollen mehrere Standorte mit Probebohrungen erkundet werden. Anschließend werden dann die zwei geeignetsten Standorte unter Tage untersucht.

Samstag/Sonntag, 4./5. Mai 2013, Nr. 103 Süddeutsche Zeitung,

## Mama lernt mit

Modellprojekt unterstützt Eltern mit schulpflichtigen Kindern

Laim/Schwanthalerhöhe – Sermin Karadag ist eine kluge Frau. Als kleines Mädchen kam sie mit Mutter und Vater aus der Türkei nach München. Die Eltern schickten ihr Kind in einem Land in die Schule, dessen Sprache die beiden nie wirklich lernen sollten. Sermin kämpfte sich allein durchs System, machte eine Lehre als Zahnarzthelferin und arbeitete zehn Jahre im Beruf. „Meine Eltern konnten nicht deutsch, niemand hat mir geholfen.“ Also hat sie ihre Ausbildung so gut es eben ging selbst in die Hand genommen. Das machte die heute 35-Jährige stark und lehrte sie zweierlei: Wenn sich Hilfe „von außen“ anbietet, nimm' sie an und gib auch deinen Kindern alle nur möglichen Chancen mit auf den Weg.

Sermin Karadag ist inzwischen dreifache Mutter und von ihrer Aufgeschlossenheit profitiert seit zwei Jahren ihre älteste Tochter Beyza, neun Jahre. Denn beide Karadag-Frauen nehmen an einem Modellprojekt des Familienzentrums Laim (FAZ) teil. Das nennt sich „Elternbegleitung plus“ und wird an insgesamt 100 Standorten in Deutschland vom Bundesfamilienministerium gefördert. Mit dieser gemeinschaftlichen Unterstützung schafft Beyza nun den Übertritt von der Grundschule an die Realschule. Die Familie ist sehr stolz.

**Unterstützt werden  
Migrantenfamilien und  
Familien mit kargem Etat** [...] ]

„Elterncoaching“ heißt der Programm-Zweig, an dem auch die Karadags teilnehmen, sagt FAZ-Chefin Christiane Rohny. Eine von drei Möglichkeiten des Großprojekts, Eltern als Spiel- und Lernbegleiter ihrer Kinder zu unterstützen. Deutschkurse für die Erziehungsberechtigten und Eltern-Kinder-Treffs sind die anderen zwei [...] ]

Adressat dieser Programme, sagt Rohny,

sind bildungsferne Gruppen, Migrantenfamilien und solche mit kargem Familienetat. Beim „Elterncoaching“ geht es speziell darum, Grundschullehrern Lernhilfen für die eigenen Kinder zu vermitteln. Das Besondere: Die FAZ-Betreuerinnen machen Hausbesuche, bitten, sich das Leben der Kinder und ihre Lernbedingungen anschauen zu dürfen, geben Anregungen, nennen Anlaufstellen bei Problemen und bieten die externe Hausaufgabenbetreuung der Kinder im Familienzentrum an der Valpichlerstraße. Die ist übrigens, wie das ganze Angebot, kostenlos.

ANDREA SCHLAIER

## Neue Stasi-Indizien gegen Investor an der East Side Gallery

*Der Spiegel*, 10. April 2013 - Von Sven Becker und Peter Wensierski

*Der Bauherr von Luxuswohnungen an der Berliner East Side Gallery wird von seiner Vergangenheit eingeholt.*

Maik Uwe Hinkel wohnte nur ein Geschoss tiefer. IM "Jens Peter" auch. Zur selben Zeit, in derselben Wohnung. 1984 in der Brahmsstraße 2 in Zwickau. Harald Schmutzler kann sich noch genau daran erinnern, wie Maik Uwe Hinkel damals sein Nachbar wurde. Schnell freundete er sich mit dem jungen Mann an. Er schenkte ihm Texte von Udo Lindenberg und ließ auf dem gemeinsamen Außenklo im Treppenhaus West-Zeitschriften liegen. Er wäre wohl besser vorsichtig gewesen. Hinweise zu den Zeitschriften und Lindenberg-Texten fanden sich später auch in seinen Stasi-Akten wieder. 1988 wurde Schmutzler verhaftet. Der Vorwurf: Er habe Informationen verbreitet, die geeignet sind, die DDR in Misskredit zu bringen, und außer Landes gebracht. Das Regime drohte ihm mit zwei Jahren Gefängnis.

Nach der Wende fand Schmutzler nach seinen Angaben 65 Berichte des Inoffiziellen Mitarbeiters "Jens Peter" mit dessen Unterschrift in seiner Stasi-Akte. [...] Schmutzler ist kein Einzelfall. Mehrere Zeitzeugen meldeten sich seit dem Erscheinen eines SPIEGEL-Artikels diese Woche und berichteten davon, dass sie überzeugt sind, von "Jens Peter" bespitzelt worden zu sein. Die Betroffenen haben alle keinen Zweifel daran, dass sich hinter dessen Berichten der Berliner Investor Maik Uwe Hinkel verbirgt. Für sie ist es eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet dieser Mann jetzt Luxuswohnungen auf dem ehemaligen Todesstreifen bauen will.

Hinkel wurde vor dem Mauerfall SED-Kandidat, blieb danach in der PDS und später, bis heute, bei der Linken. Nun will er Teile der Mauer versetzen und ein Hochhaus bauen, das den Schandfleck der DDR-Geschichte verdecken würde. "Für die Opfer ist es natürlich ein Schlag ins Gesicht, dass Leute, die ausgerechnet ihre Peiniger waren, dieses Mahnmal ausradieren wollen", sagt der Opfervertreter Ronald Lässig. "Und das genau an einer Stelle der Berliner Mauer, an der Menschen zu Tode gekommen sind. Das geht nicht. Hier sind jetzt die politisch Verantwortlichen der Stadt gefragt zu handeln."

Hinkels Vergangenheit wäre vielleicht niemals publik geworden, wenn der Investor weiterhin nur schicke Altbauwohnungen im ehemaligen Osten Berlins verkauft hätte. Doch seit dem Abriss und Versetzen von Teilen der East Side Gallery, einer Ansammlung von großformatigen Bildern auf dem längsten erhaltenen Mauerabschnitt, ist Hinkel fast jeden Tag in den Medien präsent.

Hinkel gibt sich dabei als Saubermann. Die "Süddeutsche Zeitung" beschrieb den Fahrer eines weißen Porsches, der sich gern mit politischen Größen ablichten lässt, in einem ausführlichen Porträt als "unbekümmerten Strahler mit makellosem Gebiss", der Berlin neu erfinden will.

Stasi-Vorwürfe wies er bis zuletzt vehement zurück. Eine neuerliche Anfrage des *Spiegel* ließ er unbeantwortet.

SERIE S. ECO ET SOCIALES

ANALYSE LV

TEXTE

HORS PROGRAMME